

› **Die Armut neben dir**

Konferenz der LINKEN in Borna verdeutlicht ein gesellschaftliches Problem und Tabu **Seite 3**

› **Wir haben einen Nerv getroffen**

Das Bürgerbegehren gegen Stadtwerkeverkauf steht kurz vor dem Abschluss **Seite 4**

› **Radikalität eines Sozialpolitikers**

SPD-Bundestagsabgeordneter Karl Lauterbach: Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren – und das auf Kosten der Bevölkerung **Seite 8**

› **Gefährliches Zündeln im Irak**

Autonomiebestrebungen der Kurden im Zeichen eines drohenden neuen Krieges **Seite 9**

22

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
2. November

www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Braver, naiver, brauchbarer deutscher Michel



Wie kommt man im Haus der Deutschen Geschichte nur darauf, den symbolhaften schlaf- oder zipfelmützigen deutschen Michel mit dem britischen bulligbissigen John Bull zu vergleichen? Oder gar mit der französischen Nationalfigur Marianne, der Personifizierung der Werte der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Holzbildhauermeister Dietmar Lang aus Annaberg-Buchholz jedenfalls schuf 2003 auf dem Internationalen Holzbildhauersymposium in Lichtenstein einen echten, hier und heute leidenden Michel (Foto I.), um den Qualitätsverlust in unserem Leben darzustellen. Der deutsche Michel sei schließlich ein Typ, der immer mehr abgehängt werde. Der Wirt vom Zwönitzer „Roß“ hat die Arbeit gekauft. Allerdings sollen nicht alle Gäste Verständnis für diesen wie einen nassen Sack abhängenden Michel haben. Sogar verständlich. Wer schaut schon gerne in so einen klaren Spiegel?

Der deutsche Michel ist (schon seit dem 16. Jahrhundert) ein naiver Töpel, ein schwaches, willenloses Opfer der ach so unabwendbaren Geschichte, und wenn er schon mal aufmüpfte, dann gegen das Fremde, das Ausländische oder ein bisschen noch, eine kurze Spanne lang, gegen das seiner Bauernmentalität fremde Höfische. Bestenfalls geht er als ein träumerischer Biedermann durch. Die Vertreter des Vormärz zum Beispiel charakterisierten mit ihm das apolitische Philistertum, das deutsche Wesen eben. Als ihre Revolution scheiterte, war der Michel wieder groß in seiner Lieblingsrolle als Opfer reaktionärer Politik.

Alles in allem ein nicht unaktuelles Symbol fürs Deutschsein. Ob das nun gut oder schlecht ist, liegt allerdings im Auge des Betrachters.

DGB-Chef Michael Sommer forderte dieser Tage die SPD auf deren Parteitag auf, für einen gesetzlichen Mindestlohn einzutreten, um das Los derjenigen zu verbessern, die „Tag für Tag brav ihrer Arbeit nachgehen und davon nicht leben können.“ Brav! (Die GDL-Lokführer mit ihrem pulsierenden französischem Mariannenblut sind natürlich böse).

Brav! Als Lob! Aus Gewerkschaftsmund!

Es war 1984, als ich im Arbeitszimmer von Jürgen Kuczynski saß und mit ihm über dies und das, über Demokratie und Werte und Menschenrechte sprach. Da fiel das Wort Bescheidenheit und Kuczynski fuhr wütend auf: Ja, das sei es, was man den Arbeiterkindern predige: Seid bescheiden! Ihnen, den Bürgerkindern, habe das niemand gesagt. Im Gegenteil: „Wie hätten wir auch die Höhen der Wissenschaft, der Kultur, der Politik erklimmen können, wenn wir so blöd gewesen wären, uns bescheiden zu geben.“

Michel zu sein, ist also auch eine Klassenfrage, eine ungelöste. Klassenkampf könnte ihn aussterben oder klüger werden lassen. Aber da sei der deutsche Michel selber vor. Und das ist gut so. Jedenfalls für die Geldsäcke und ihre Zuträger.

• MAXI WARTELSTEINER

Unser Hamburger Korrespondent KARL-HEINZ WALLOCH war auf dem Hamburger SPD-Parteitag vom 26. bis 28. Oktober im Kongresszentrum der Hansestadt dabei – als einer von 1500 Medienvertretern – und wartete vergebens auf den Linksruck, von dem jetzt soviel geredet und gedroht wird. Sicher, die neue LINKE treibt die Sozialdemokraten inzwischen an, der Wahlkampf tobte bereits, aber allein die (Wieder-)Verwendung des Begriffs Demokratischer Sozialismus (den Thierse nicht der „SED-Nachfolgepartei“ überlassen will), macht noch keinen SPD-Sommer.

Es war die blanke Sehnsucht nach Harmonie der SPD, die ihren Parteitag prägte.

Bevor die 525 Delegierten mit ihren Beratungen beginnen konnten, gab es Grußworte. Auch von Exkanzler Gerhard Schröder. Zu seinem Reformwerk sagte er, was schon ernüchternd genug war, nicht nur für Hartz-IV-Empfänger: „Die Agenda 2010 ist also ein Instrument, sie ist nicht das Ziel. Also ist sie veränderbar. Das Bessere, liebe Freundinnen und Freunde, ist des Guten Feind – aber eben das Bessere, nicht nur das Populäre. Ich kann nur raten, mit Augenmaß daran zu gehen, und mein Eindruck ist, dass das geschieht. Ich kann nur raten, dass die Grundprinzipien der Agenda 2010 gewahrt bleiben. Mein Eindruck ist auch, dass dies geschieht.“

Dann kommt Kurt Beck, SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, an die Reihe, die Delegierten einzuschwören. Keine Fanfare. Es gelingt ihm, selbst sichere Pointen so zu verunstalten, dass der Saal fast in einen Dämmerungsschlaf abgleitet. In seiner 240-Minuten-Rede klingt der fröhliche Mainzer häufig wie ein Trauerredner, der ungenau über Allgemeinplätze erklärend spricht. Kein Beitrag für ein rotes bundesdeutsches Berliner Vorwärtsprogramm, eher die Rede irgendeines jovialen Bürgermeisters. Der Linksruck zurück zu sozialdemokratischen Wurzeln blieb aus, trotz mancher beinahe nostalgisch schöner Formulierung im neuen Pro-

gramm. Dennoch wurde Kurt Beck – womöglich gerade deswegen – mit 95,5 % als Vorsitzender bestätigt. Auch seine Wunschstellvertreter Nahles, Steinbrück und Steinmeier schafften es – nunmehr also wieder eine reine Westspitze. Der aus Leipzig stammende Tiefensee errang seinen Platz im Vorstand übrigens erst im zweiten Wahlgang.

Der Hamburger SPD Parteitag

Halbherzig links geblinkt, aber stur weitergefahren



Sehnsucht nach Harmonie war es wohl auch, die den Initiativantrag *Reformen für ein soziales Deutschland* „mit übergroßer Mehrheit“ durchgehen ließ. Im Mittelpunkt die Veränderung der Bezugsdauer für ALG I nach dem 50. Lebensjahr auf 24 Monate. Eine Umkehr von Gerd Schröders Hartz IV ist das nicht.

Als dann drinnen im Kongresszentrum über ein NPD-Verbot diskutiert wurde, demonstrierten draußen 100

Anhänger der rechtsradikalen Partei, die von 1200 Bereitschaftspolizisten vor Antifaschisten geschützt wurden.

Verabschiedet wurde auch das Programm *Gute Arbeit* das sich für einen Mindestlohn von 7,50 Euro einsetzt. Die Privatisierung der Deutschen Bahn AG soll kommen, aber halt mit stimmrechtlosen Aktien. Stimmt der Koalitionspartner dem nicht zu, ist erneut ein Parteitag

zu diesem Punkt gefragt. Zügig zugestimmt wurde dem Antrag auf Verlängerung des Militäreinsatzes in Afghanistan.

Etwas aus dem Rahmen des Parteitages – gegen den Vorstand (und wie sich inzwischen zeigt auch gegen die Koalitionchefin Merkel) – wurde mehrheitlich ein Antrag für ein Geschwindigkeitslimit auf den Autobahnen von 130 km/h angenommen. Aber ein Parteitag kann schließlich viel beschließen.

Bei den Abstimmungen im Kongresszentrum als unsichtbare Kraft immer mit dabei war DIE LINKE. Nur Außenminister Steinmeier nannte sie im Zusammenhang mit Afghanistan beim Namen. O-Ton: Diese Partei sei nicht bereit, sich für die Menschen im Land am Hindukusch einzusetzen. Dass DIE LINKE das im Unterschied zur SPD ohne Militär will, ist kein Thema für ihn. Mein Fazit: Es wurde zwar viel über Zukunft geredet, ein Aufbruch war der Parteitag nicht. Die SPD sitzt zwischen Baum und Borke. Und noch etwas hat mich dieser Parteitag gelehrt: Für eine moderne „Volkspartei“ ist es heute unumgänglich, dass selbst auf Parteitag ein Markt der Möglichkeiten angeboten wird. Neben den Pharmafirmen Beyer, Pfizer, waren BMW, Audi, UPS, McDonalds, EnBW, E.ON und auch der Bundesverband der Industrie wie weitere Firmen mit dabei. Wenn das nicht zu denken gibt.

„Ladenschluss“ wird greifbarer!

Nach einem Monat kontinuierlichen Leipziger Bürger-Widerstands gegen das „Tonsberg“, das die rechte Modemarke Thor Steinar vertreibt, ist nun zum ersten Mal ein glasklares Statement des Vermieters, der Berliner Immobilienfirma Immovaria zu vernehmen. Die Leipziger Stadtverwaltung dagegen hüllt sich weiterhin in Schweigen.

In der Publikation „Hinter den Kulissen. Argumentationshilfe gegen rechte Parolen“ der Polizeidirektion Leipzig findet sich die Bekleidungs-Marke Thor Steinar in der Kategorie „Erkennungszeichen der rechten Szene“ wieder. Auch die Stadt Leipzig hat an diesem Buch mitgewirkt. Warum also kann sich die Stadt nicht zu einer Stellungnahme zum „Tonsberg“ durchringen? Diplomatie oder formale „Nicht-Zuständigkeit“ sind an dieser Stelle wenig angebracht! Für Ende Oktober steht die Verhandlung der Räumungsklage gegen das „Narvik“, die Thor-Steinar-Filiale im Magdeburger Hundertwasserhaus, an. Davon sollte sich die Immovaria inspirieren lassen. Denn die Aussicht auf ein mehrere Jahre währendes rechtliches Prozedere ist kaum erträglich. Schon darum werden die zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Aktionen für einen „Ladenschluss“ des „Tonsberg“ wie auch weiterer Naziläden in Leipzig fortgesetzt.

Ein in der vergangenen Woche konstituiertes Bündnis aus Antifa- und zivilgesellschaftlichen Gruppen, Parteijugendvertretern und Einzelpersonen bereitet derzeit verschiedene Aktionen vor.

• JULIANE NAGEL

Pustebblumen ins Stadtzentrum

Die Standortsuche in Grünau für die Pustebblumen-Springbrunnen, die einst den Sachsenplatz zierten, ist – man möchte fast sagen glücklicherweise – mangels finanzstarker Sponsoren und am zu respektierenden Widerstand des Künstlers gescheitert. Wie ich vom Künstler Harry Müller weiß, wird er sich gerne zusammen mit interessierten Bürgern an der Suche nach geeigneten Standorten im Stadtzentrum beteiligen. Sie bieten vor den LWB-Wohngebäuden in der Reichsstraße, auf dem Richard-Wagner-Platz oder in Winkellücken des Bildermuseums an. Da die Alufassade am Brühlwarenhaus in die Neubebauung einzubeziehen ist, sollte auch – wie bereits von Horst Pawlitzky vorgeschlagen – über eine Aufstellung der Pustebblumen in der neu entstehenden Fußgängerzone Plauenstraße nachgedacht werden.

Was Grünau angeht, warten seit vielen Jahren zahlreiche Brunnenentwürfe auf ihre Realisierung.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Für verbindliche Regelung zur Senioren Mitbestimmung

LN. 50 Stellungnahmen mit mehr als 200 Einzelschlägen erreichten die Linksfraktion, nachdem diese ihren Gesetzesvorschlag zur Senioren Mitbestimmung sachsenweit zur Begutachtung versandt hatte.

Viele Vorschläge wurden bei der Überarbeitung berücksichtigt, so dass mit Fug und Recht gesagt werden kann: Dieses Gesetz, das Ende Oktober im Sozialausschuss zur Anhörung stand, haben Vertreter von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Seniorenvereinen sowie Seniorenvertretungen aus Kommunen in ganz Sachsen mit erarbeitet.

Ziel ist, die Bedingungen für das Mitwirken älterer Menschen in Sachsen wesentlich zu verbessern und zu vereinheitlichen. Berücksichtigt sind dabei bereits Veränderungen in der Kreisstruktur. Völlig neu wäre, einen Landesseniorenauftrag aus der Mitte des Landtages zu wählen, der dann natürlich wesentlich mehr Kompetenzen hätte und auch mehr Durchsetzungsvermögen entfalten könnte.

V-Leute raus aus Verfassungsschutz

LN. Zur neuen NPD-Verbotsinitiative von fünf SPD-Länderinnenministern erklärt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Sächsischen Landtag, Dr. André Hahn:

„Die – noch dazu mit Steuermitteln alimentierte – NPD stellt ihre aggressive Verfassungsfeindlichkeit jeden Monat im Sächsischen Landtag unter Beweis. Ich stimme daher ausdrücklich der Einschätzung mehrerer SPD-Innenminister zu, dass es keiner V-Leute in den Hinterzimmern der NPD bedarf, um Belastungsmaterial für ein NPD-Verbotsverfahren zu sammeln. Im Gegenteil: Die V-Leute der Verfassungsschutzämter sind, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im ersten NPD-Verbotsverfahren gezeigt hat, das entscheidende Hindernis, die NPD zu verbieten.“

Hahn fordert (wie schon sein Vorgänger Prof. Peter Porsch) Sachsens Innenminister Buttolo auf, sich endlich an der Vorbereitung eines neuerlichen NPD-Verbotsverfahrens aktiv zu beteiligen, d. h. auch die V-Leute des Sächsischen Verfassungsschutzes innerhalb der NPD zurückzuziehen.

Ziviler Ungehorsam



Aktionstag am 29. Oktober auch in Leipzig Foto: G. Eiltzer

LN. In rund 20 deutschen Städten, so auch in Leipzig, fanden am 29. Oktober Aktionstage unter dem Motto „Gegen den Aufschwung der Arbeit in Armut“ statt. Aufgerufen zum zivilen Ungehorsam hatte das Aktionsbündnis Sozialproteste. Es betont, dass der Druck auf Arbeitslose in dieser Gesellschaft nicht isoliert betrachtet werden dürfe, denn mittelbar diene er auch dazu, Menschen, die sich noch in Erwerbsarbeit befinden, zu disziplinieren, Löhne zu kürzen, Arbeitszeiten zu verlängern, Leih- und sogar Zwangsarbeit durchzusetzen und all das auch noch als soziale Wohltaten zu verkaufen.

Gefordert wird u. a. ein Mindestlohn, eine repressionsfreie Anhebung des ALG II. Aufgaben der Daseinsvorsorge gehörten in die öffentliche Hand, Superreiche sollen angemessen besteuert werden.

LN. Erstmals lud die Linksfraktion zu einer sächsischen Armutskonferenz ein. Sie fand am 27. Oktober in Borna mit rund 150 Teilnehmern aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden sowie Arbeits- und Obdachloseninitiativen aus ganz Sachsen statt.

Inhaltliche Grundlage der ganztägigen Veranstaltung bildeten vom Fraktionsvorsitzenden André Hahn und vom sozialpolitischen Sprecher Dietmar Pellmann vorgelegte Thesen zur Armutssituation in Sachsen, zum Versagen der Staatsregierung und zu alternativen Vorschlägen der LINKEN.

LN sprach mit Dietmar Pellmann:

‘ **LN: Sie stellten auf der Bornaer Konferenz, einem der ersten Höhepunkte der neuformierten Partei, 20 Thesen zur Armut in Sachsen vor. eine Kurzfassung bitte.**

D. Pellmann: Nach den Kriterien der EU sind 24 Prozent der Menschen in Sachsen arm, da ihnen weniger als 60 Prozent des in Deutschland durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung steht. Wer arm ist, bestimmt nicht die Staatsregierung, die die Armutquote mit Statistiktricks auf 13 Prozent herunterrechnet. Diese Rechenmanöver sind politisch motiviert, denn mit Hartz IV hat die Armut im Freistaat weiter zugenommen. 530 000 Menschen erhalten Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld,

Armutskonferenz der Linksfraktion in Borna

Fundierte Kritik an der Staatsregierung

Ausgangspunkt für neue Initiativen der LINKEN

das sind 200 000 Personen mehr als Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfebezieher Ende 2003 zusammen ausmachten. Hinzu kommen diejenigen, die aufgrund der Einkommensverhältnisse in den so genannten Bedarfsgemeinschaften gar nichts mehr bekommen.

Bedenklich angestiegen ist durch Hartz IV auch die Kinderarmut. Frauen, vor allem alleinerziehende, sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen.

Bis 2020 wird auch Altersarmut eine Massenerscheinung, da dann mehr als 20 Prozent der Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sein werden, die sich auf Sozialhilfeniveau bewegen.

‘ **Der Hauptvorwurf an die Linken unterstellt, ihre Vorschläge seien samt und sonders nicht realisierbar. Also ist Armut einfach zu akzeptieren?**

D. Pellmann: In seiner Eröffnungsrede rechnete André Hahn sehr konkret mit der Staatsregierung ab und stellte klar, dass genug Geld vorhanden wäre, um zunehmender Armut in Sachsen wirksam zu begegnen, dass es der Landesregierung aber sowohl an einem entsprechen-



den tragfähigen Konzept als auch am politischen Willen fehlt. Ich habe im einleitenden Referat deutlich gemacht, dass Armut in Sachsen besonders mit Hartz IV erheblich zugenommen hat und die Staatsregierung endlich handeln muss, anstatt die Verantwortung auf den Bund oder gar die Kommunen abzuschieben. Armut ist nicht zu akzeptieren, schon gar nicht in einem reichen Land wie der Bundesrepublik.

‘ **Und der Kernpunkt Ihrer Kritik an der sächsischen Staatsregierung?**

Alle Vorschläge der Linksfraktion zur Eindämmung von Armut wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Selbst unser Hinweis, dass die Steigerung der Verbraucherpreise seit 2003 um zehn Prozent zu einer Anhebung des Regelsatzes führen müsste, wurde beiseite gewischt. Durch die von der Regierung Milbradt beförderte Ausweitung des Niedriglohnssektors waren bereits im Oktober 2006 in Sachsen 56 000 Erwerbstätige auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, endlich die Einführung ei-

nes gesetzlichen Mindestlohns zu unterstützen und EU-Mittel für Beschäftigungsförderung nicht länger verfallen zu lassen, sondern für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu nutzen. Die Einführung eines kostenlosen Mittagessens in Kita und Schule ist ebenso überfällig wie die Abschaffung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten. In diesem Sinn legte Axel Trost, von Sachsen für die Linken in den Bundestag gewählt, ein realistisches und finanzierbares 5-Punkte-Programm zur Armutbekämpfung vor. Zum Beispiel fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 Euro sowie die schrittweise Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung.

‘ **In Borna wurden auch Erfahrungen mit Betroffenen ausgetauscht ...**

Vier Arbeitsgruppen wandten sich solchen besonders von Armut berührten Lebenslagen wie Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Bildung zu. So unterzog die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Sabine Gerold, die Bildungspolitik der CDU in Sachsen einer scharfen Kritik und forderte endlich Chancengleichheit für alle Kinder. Die Vorsitzende der sächsischen Mietervereine, Anke Matejka, machte auf die Auswirkungen erheblich gestiegener Betriebskosten aufmerksam und forderte eine Anhebung des Wohngeldes für Bedürftige um mindestens 15 Prozent.

Ich bin überzeugt, von dieser Konferenz gingen neue Initiativen für die Eindämmung von Armut aus.

Am 22. Oktober 1992 stand diese Leipziger Premiere in den Tageszeitungen. Der einsame Kältetod verlor in den vergangenen 15 Jahren allerdings seinen Seltenheitswert in Deutschland. Armut und damit verbundene persönliche Tragik sind längst neben uns.

Seite 5 - Neues Deutschland

NACHRICHTEN UND BER

Traurige Premiere: In Leipzig erfor der erste ostdeutsche Obdachlose auf der Straße

Kurt starb, als die Flasche leer war

Der D-Zug 1918 nach Binz fuhr Dienstagfrüh um 0.19 Uhr vom Hauptbahnhof in Leipzig ab. 800 Meter entfernt saß Kurt J. (47) auf einer Parkbank in der kleinen Grünanlage auf dem Richard-Wagner-Platz. Neben ihm eine 0,7-Liter-Flasche „Nordhäuser Doppelkorn“, die er tagsüber beim Getränke-Servive des benachbarten „Horten“-Warenhauses erstanden hatte. Es war eine kalte Nacht, das Wetteramt kündigte Frost an.

Um diese Zeit war die Flasche wahrscheinlich schon leer und Kurt tot - erfroren. Oder wie die Polizei es formuliert: Unterkühlung unter Alkoholeinfluß. Gefunden wurde er erst morgens um acht von Passanten.

Nach Auskunft des Geschäftsführers der Bundesar-

beitsgemeinschaft Nichtseßhaftenhilfe (BAG-NH) in Bielefeld, Heinrich Holtmannspötter, ist Kurt J. der erste Kältetote unter Obdachlosen aus der Ex-DDR. Der Leipziger hatte, so Polizeisprecher Günter Pusch, im September seine Wohnung verloren. Warum er weder den seit 35 Jahren bestehenden Bahnhofsdiens des Deutschen Roten Kreuzes noch eines der beiden Obdachlosenhäuser aufsuchte, weiß niemand. Es interessiert auch keinen mehr, Kurts Polizei-Akte ist bereits geschlossen, denn dort hat man „genügend Straftaten zu bearbeiten“. Und eine solche liegt ja hier nicht vor...

In den alten Bundesländern erfroren im letzten Winter 20 Obdachlose, „mehr als früher“, bestätigt Holtmannspötter. Die Zahl derer, die dort ohne feste Adresse hausen müssen, stieg binnen zehn Jahren von knapp 100 000 auf 150 000 Menschen an. Für Ostdeutschland rechnet die BAG-NH mit über 50 000 Nichtseßhaften schon in wenigen Jahren. Klare Hauptursache: „die Liberalisierung des Wohnungsmarktes“.

„Da die wachsende Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im vereinten Deutschland ein Ausmaß annehmen wird, wie wir es seit der Nachkriegszeit nicht mehr erlebt haben“, appellierte der Vorsitzende, Martin Berthold, schon im November '90, im Winter warme Bahnhofshallen Bedürftigen offenzuhal-

ten. Doch im Leipziger Bahnhof werden Obdachlose, betont BGS-Wachenleitervortreter Helge Kubetschek, auch bei Frost „nicht geduldet“.

Ein Teil der Rausgeworfenen landet in der warmen Stube des Roten Kreuzes, wo für Leiter Horst Wiesemann der Grundsatz gilt: „Wir setzen niemanden auf die Straße.“ Neun Liegen stehen bereit und werden immer häufiger genutzt. Auch wer „normal angetrunken“ ist, wird gepflegt und beköstigt.

Nein, an vergleichbare „Fälle“ aus früherer Zeit kann sich Polizeisprecher Pusch nicht erinnern. Der einzige Kältetote war ein volltrunkener Bürger, „der dachte, schon daheim zu sein und sich auf der Straße ausgezogen hat“. - Kurt starb im Mantel.

MARCEL BRAUMANN

Wir haben einen Nerv getroffen

Leipzigs Neue sprach mit Wolfgang Franke
Mitinitiator des Bürgerbegehrens gegen den Stadtwerkeverkauf

RÄTSELRATEN bei der Linksfraktion im Stadtrat und Zornesfalten bei OBM Jung lösen die Äußerungen von CDU-Fraktionschef Achminow aus, den geplanten Verkauf der Stadtwerke „durchfallen zu lassen“. Ist Herr Achminow etwa den von ihm gesichteten „Rattenfängern“ (siehe auch LN 21/07) ins Netz gegangen? Der Ton wird in dieser Angelegenheit unüberhörbar rauer aber auch konfuser ...

Inzwischen haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens Ergebnisse vorzuweisen, über die in den nächsten Wochen im Neuen Rathaus zu reden und zu entscheiden sein wird.

LN interessierte sich für den derzeitigen Sachstand und das „Wie weiter“ ...

LN: Hat sich die anfänglich auch anzutreffende Skepsis, ob „das zu schaffen ist“, nun in freundliches Schulterklopfen verwandelt?

W. F.: Je nachdem, es gab da die unterschiedlichsten Reaktionen. Ich denke, dass viele überrascht waren von der Resonanz, die dieses Bürgerbegehren ausgelöst hat. Wir haben da offenbar einen direkten Nerv der Leipziger getroffen. Andererseits suchten wir beispielsweise auch in den Ortsvereinen der SPD und der CDU das Gespräch und den Austausch von Argumenten. Und nach den ersten Tagen war da schon eine gewisse Überraschung zu spüren, dass das Ganze so losgeht ...

Erfolgreich bei so einer Aktion zu sein – nicht in Rekordzeit aber in angemessenem Zeitrahmen – liegt vor allem an denen, die gesammelt und argumentiert haben.

Zu uns in den Bürgertreff kamen regelmäßig so um die 40 Leute und die haben weitergewirkt im Wohnhaus, im Betrieb, auf der Straße. Wir erwarten in den nächsten Tagen noch Unterschriftenlisten von v. erdi, von den Kollegen von der Stadtreinigung und weiteren ... man kann so eine Geschichte nicht nur mit fünf Leuten durchziehen die sich hinter einen Stand stellen.

Spürten Sie an der einen oder anderen Stelle eine Vereinnahmung oder Beeinflussung durch Fraktionen des Stadtparlamentes?

Vereinnahmung kann ich nicht sagen, da haben wir schon aufgepasst. Aber es war uns als aufbegehrende Bürger wichtig, dass jeder seine Handschrift in dieses Projekt einbringen konnte. Das bleibt auch weiterhin so.

Haben Sie schon einen Termin beim Oberbürgermeister Jung?

Wir haben schon mal in der Stadtverwaltung vorgeföhrt, weil wir da vom Wirtschaftsbürgermeister Müller eingeladen waren. Wir werden die Unterschriftenlisten bis zum 5. November abgeben und hoffen dann, in der darauffolgenden Woche einen Termin zu finden, wo wir den Oberbürgermeister persönlich treffen können.

Nach einem Shake hands wird es dann noch einmal zur Sache gehen?

Dann prüft die Abteilung für Wahlen und Statistik beim Rechtsamt die Listen und geben dann eine Beurteilung ab, ob alles juristisch alles in Ordnung ist. Also keine falschen Unterschriften existieren. Ob das Begehren dann in eine Beschlussvorlage für den Stadtrat umgewandelt wird, hängt von der Verwaltung ab. Das können wir nicht beeinflussen

Für den OBM ist das Bürgerbegehren ohne Belang, der Stadtrat sagt, es ist zulässig. Wird es dann noch einmal kompliziert?

Wir gehen nicht davon aus, dass der Stadtrat sich mit Mehrheit dem Begehren anschließt. Dann muss innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Da laufen dann organisatorische Vorbereitungen, die einer Kommunalwahl entsprechen.

Dann gehts auch für Sie nochmal los?

Das heißt, wir führen unsere Diskussionen weiter, damit die Leipziger dann auch ihre Stimme Pro oder Contra wissentlich abgeben. Das wird keine Wahl, wo ich sagen kann, die Nase gefällt mir oder die nicht, da geht es um die Frage: Sollen die Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bleiben oder nicht?

Wann wird es dazu kommen?

Ich nehme an im Frühjahr.

Erpressung oder Nervosität?

Was will Alexander Achminow denn nun wirklich? Einerseits postuliert er ständig, dass es zur Entschuldung der Stadt keine Alternativen als die Veräußerung der Stadtwerke gebe, und ignoriert dabei die entsprechenden Vorschläge der Linksfraktion. Andererseits knüpft er diesen Verkauf an die Gewinnung eines „privaten Partners“ für die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV).

Ohne Letzteres, so die Botschaft des Fraktionschefs, sei mit der CDU der SWL-Verkauf nicht zu machen. Aufgrund fehlender Mehrheiten im Stadtrat fiel er dann zweifelsohne aus.

Will Achminow vielleicht den Oberbürgermeister erpressen? Ein verlässlicher und berechenbarer Politikstil wäre das indes nicht.

Oder machen die Erfolgsaussichten des laufenden Bürgerbegehrens die CDU nervös?

Dafür könnte man Verständnis haben. Unser Mitleid hält sich allerdings in Grenzen. Denn erst kürzlich verkündete Herr Achminow, vorm Bürgerwillen keine Angst zu haben, weil er wisse, wie die Bürger entscheiden werden. Wie die Bürgermeinung zur Privatisierung ist, wird die CDU bald wissen. Was der CDU Volkes Wille wert ist, das werden die Leipziger bald erfahren.

• DR. ILSE LAUTER
FRAKTIONSVORSITZENDE DIE LINKE



Stand der Unterschriftenaktion
per 30. Oktober: 25 128



Was gilt als normal?

Dass wir beispielsweise auch in Leipzig inzwischen fast acht Monate im Jahr mit verstellter Rathausuhr leben und nur noch vier Monate mit Mitteleuropäischer Zeit, wo die Sonne 12 Uhr mittags tatsächlich ihren Zenit erreicht. Hier und da gibts auch noch eine Sonnenuhr. Vor langer Zeit hatte sich die ganze Umstellerei mal ein Amerikaner ausgedacht, um Kerzen zu sparen. Inzwischen gibt es diesen verstellten Tag seit 27 Jahren und er bringt unser Schlaf- und Wachgefühl – wie Ärzte wissen – durcheinander.

Übrigens: Für eine Energieeinsparung bringt die Sommerzeit Nullkommanichts, wie inzwischen auch hoch und runtergerechnet wurde. Die eingesparten Watt des späteren Lampenanknüpfen werden längst durch andere elektrische Geräte, die an langen Sommerabenden länger laufen wieder aufgeessen. Trotzdem, halten wir daran fest, weil es offenbar nicht mehr möglich ist, 27 Europäische Staaten gemeinsam zum Auslaufen des Flops Sommerzeit zu bewegen.

Ist das normal?

fragt

Euer
Lipsius



Leipziger Stadtratsnotizen

Sondersitzung zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Nach heftiger Diskussion, mit Widerstand aus CDU- und SPD-Fraktion, setzte sich die Linksfraktion mit ihrem Antrag für eine Stadtratsondersitzung zur wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Situation in Leipzig durch. Auf Vorschlag von Bündnis90/Grüne gibt es dazu auch eine Expertenkonferenz.

Keine „geistigen Kleingärtner“

Auf Anfrage der Linksfraktion relativierte Frau Kudla ihre in der LVZ gemachte Aussage, wonach die Stadtratsmitglieder für ihre Aufsichtsratsmandate eine unzureichende Qualifizierung besitzen. Zahlreiche Aufsichtsräte des Stadtrates sind sehr wohl Fachleute und besitzen vielfach eine mehrjährige Erfahrung in den Aufsichtsgremien und nutzen dafür Weiterbildungsangebote.

Elstermühlgraben ans Licht

Beschlossen wurde die Öffnung des Elstermühlgrabens im Bereich des Schreiberbades. Dies erfolgt aus Gründen des Hochwasserschutzes sowie mit einem Anschluss für einen eventuell zu errichtenden Stadthafen auf dem Areal des bereits von den Stadtwerken abgerissenen Heizkraftwerkes. In der Verlängerung wird der Elstergraben im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße ebenfalls geöffnet, der in den Abschnitt in der Jahnallee mündet. Danach ist der Elsterarm auch mit kleinen Booten befahrbar.

Museumswinkelgrundstück verkauft

Beschlossen wurden Verkaufsverhandlungen mit einem Investor, der den Winkel Böttgergasse/Katharinenstraße am Bildermuseum mit mehrgeschossigen Gebäuden mit Wohnungen, Büros und Läden schließen will.

Bebauung des „Bachschen“ Gutes

Das Areal des Gutes Kleinzschocher, das durch Auftritte von Johann Sebastian Bach und als Aufführungsort seiner „Bauernkantate“ Musikgeschichte schrieb, bekommt neues Leben. Geplant ist ein kleinteiliger Wohnstandort mit behutsamer Anbindung an den Volkspark und die Sanierung der noch vorhandenen unter Denkmalschutz stehenden Gebäude. Der Stadtrat fasste die dazu notwendigen Beschlüsse.

„Im Haus dazwischen ist kein Leben ...“

Über „Für und Wider“ von Verkäufen im Stadtzentrum – Beispiel Thomaskirchhof

Wieder einmal hatte der Stadtrat abzuwägen, einen einfachen oder einen Weg mit Herausforderungen zu gehen. So konnte es keine „falsche“ oder „richtige“ Entscheidung geben. Auch die Mitglieder der Linksfraktion hatten es sich nicht einfach gemacht und gründlich das „Für und Wider“ abgewogen. So sprach vieles für einen Verkauf des Hauses Thomaskirchhof 13/14, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass ein Liquiditätszufluss der weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung der LWB entgegenkommt, die das Haus verkaufen wollte. Ein erst im Juli beschlossener Antrag des CDU-Stadtrates Müller-Berndorf: „Der Oberbürgermeister wird gebeten, dafür zu sorgen, dass eine Veräußerung des Hauses Thomaskirchhof 13 durch die LWB nicht erfolgt“, blockierte bisher den Verkauf. Fragwürdig deshalb, ob die OBM-Vorlage rechtens war, da normalerweise nach Sächsischer Kommunalverfassung nicht innerhalb eines halben Jahres über den gleichen Sachverhalt wiederholt abgestimmt werden darf. Es war unerheblich, ob das Objekt nur wegen eines möglichen Erweiterungsbedarfs des Bacharchivs nicht veräußert werden sollte. Die Mehrheit der Linksfractionsmitglieder befürworteten den sofortigen Verkauf, zwei stimmten dagegen und einige enthielten sich der Stimme. Für zahlreiche Stadträte stand die einmalige kurzfristige Liquiditätsverbesserung im Vordergrund und die Befürchtung, dass ein Nichtverkauf

unweigerlich Leerstand und Verfall zur Folge hat, hingegen eine umfassende Sanierung zwingend geboten ist. Bernhard Brand, Stadtrat der Linken, erinnerte sich an einen holländischen Besucher, der ihm im Frühjahr sagte: „Herr Bach auf dem Sockel vor der Kirche sieht mit Freude auf sein Archiv und das Cafe“, aber im Haus dazwischen erkennt er kein Leben.“

Es gibt durchaus Möglichkeiten, wie ohne Verkauf das Gebäude gerettet werden kann. Bei einer längerfristigen Vermietung hätten der oder die Mieter bzw. Pächter bei entsprechenden Mietkonditionen die Sanierung übernehmen können und trotzdem wäre das Haus in städtischer Verfügung geblieben. Dies praktiziert die Stadt übrigens bei ehemaligen Hallen auf der alten Messe seit langem erfolgreich. Mit der Rekonstruktion wie dem „Coffeebaum“, dem Mendelssohn-Haus oder dem Gohliser Schlösschen hat die Stadt in den letzten Jahren Maßstäbe für die Bewahrung und die vielfältige Nutzung der historischen Gebäude gesetzt. Das Dezernat Kultur mit seinem derzeitigen Bürgermeister ist sich offensichtlich dieser wachsenden Bedeutung nur unzureichend bewusst und unfähig bzw. unwillig strategische Visionen zu entwickeln. Dies offenbart der Umgang mit der ehemals städtischen Kultureinrichtung „Pfeffermühle“. Sie hatte in diesem Haus seit 1961 ihren Platz. Erst vor einigen Jahren wurde hier ein fünfstelliger DM-Betrag zur Sanierung nach

einem Brand investiert. Die kurzfristig von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Krampflösung einer Gebäudeerweiterung des Bosehauses für das Bacharchiv hat die Inanspruchnahme von Grünflächen eines benachbarten LWB-Wohnhauses zur Konsequenz, ebenso Verkehrsbelastungen für die Bewohner in der Burgstraße durch die Schaffung eines Hotels in der verkauften Immobilie. Was die Rückführung des Bürgerschaftsrahmens angeht, merke ich an, dass dieser in diesem Jahr im dreistelligen Millionenbereich um ein Drittel zurückgefahren wird und es hier um eine kurzfristige Liquidität von 1,3 Mio. geht. Dieser fehlende Liquiditätszufluss wird durch zusätzliche Verkäufe wie Zerbster Straße oder höhere Verkaufserlöse bei anderen Gebäuden kurzfristig und würde langfristig gewinnbringend durch die Mieteinnahmen im Thomaskirchhof 13/14 kompensiert.

Leipzig kann tatsächlich nicht alles haben. In Chemnitz hat die Kommunale Wohnungsgesellschaft ein großes Einkaufszentrum erfolgreich gestemmt. Der LWB-Aufsichtsrat hat nach langer Prüfung beim Umfeld des Wintergartenstraßenhochhaus oder am Brühl auf eine eigene Projektentwicklung verzichtet. Trotzdem müsste vor jedem Verkauf von LWB-Immobilien im Stadtzentrum bzw. angrenzenden Stadtteilen immer die Frage gestellt werden, ob die LWB ein überwiegend oder vollständig leerstehendes Gebäude modernisieren und sanieren

kann, um die Wohnungen oder Gewerbeflächen wieder auf den Markt zu bringen. Bei dem Areal Thomaskirchhof handelt es sich neben „Auerbachs-Keller“ tatsächlich um ein Stück authentisches Leipzig und nicht um eine „selbstgefühlte“ Bedeutung. Fast jeder Tourist besucht diesen Stadtflecken. Es ist auch der Tourismusentwicklung hin zu Kurzzeitreisen Rechnung zu tragen. Da ist es schön Museen, Ausstellungen und Events möglichst an einem Ort vorzufinden. Dieser sollte für Touristenbusse gut erschlossen sein, was auf das Areal um die Thomaskirche zutrifft. Deshalb sollten nicht nur die Thomaskirche und ein kleines Bachmuseum sowie ein Archiv für Fachleute, sondern weitere Kulturangebote für die Leipziger und ihre Gäste an dieser Adresse zu finden sein. Derzeit gibt es Workshops für weitere und bessere Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raumes im Stadtzentrum. Von unserer Fraktion wurde angeregt dafür auch das Gebiet um die Thomaskirche mit Bezügen zur Musik besser zu nutzen. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang die Möglichkeit ein Zentrums „Kinder, Jugend und Musik“ einzurichten. Zukunft verkauft man nicht ohne Not. Stattdessen sollte die Stadt die kulturelle und touristische Entwicklung des Thomaskirchhof aktiv mitbestimmen und mitgestalten und nachhaltige Konzepte für die in städtischem Eigentum befindlichen Immobilien im Zentrum entwickeln.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Vom Posthorn zur Dilligence (Postkutsche)

Leipziger Amateurtanzfamilie feierte ihren Vierzigsten

Anlässlich der Gründung des Leipziger TANZSTUDIOS DER DEUTSCHEN POST im Herbst 1967 gab es jetzt in Leipzig einen einzigartigen Bühnentanz-Marathon. Das Theaterhaus am Lindenauer Markt stand Anfang Oktober für die europaweit angeordneten Gäste, darunter auch Gründer Jürgen Goewe und viele TANZSTUDIO-Ehemalige, zur Verfügung. Ein Trostpflaster der Stadtverwaltung gewissermaßen, innerhalb der ansonsten stiefmütterlichen Behandlung der Freien Theaterszene. Obwohl sie im Kultur und Bildungsplan der Stadt auf Platz Drei rangiert und etwa den gleichen Publikumszufluss hat wie die etablierten Häuser, beträgt der jährliche Förderanteil aus dem kommunalen Kulturretat nur 1,8 Prozent! Umso interessanter also, wie dieser finanzielle und physische Kraftakt des Festivals FAHRGASTRAUM vom Jubilar "Leipziger Tanztheater e. V." (LTT) gestemmt wurde. Reinhard Liebich traf für LEIPZIGS NEUE den Geschäftsführer und ehemaligen LTT-Tänzer Ronald Schubert:

Wir Organisatoren sind mit der etwa 90prozentigen Auslastung sehr zufrieden. Allein dafür haben insgesamt mindestens 1650 Besucher gezahlt, und das ist ein wichtiger Aspekt, um solch ein Festival zu ermöglichen. Aber auch die kostenlosen Angebote wurden gut angenommen. Unsere multimediale Ausstellung zu 40 Jahren Leipziger Tanztheater

im Foyer beispielsweise, die übrigens teilweise als DVD auch jetzt noch erworben werden kann, ebenso wie andere Repertoire-DVD-Aufzeichnungen. Gut besucht waren auch die vier Fachvorträge zum Tanz in Europa heute, und natürlich das Ehemaligentreffen in der Festival-Party-Nacht.

R. L.: Aber zur praxisnahen politischen „Hebung“ mit der Stadt, während der Podiumsdiskussion, kam es doch wohl deshalb nicht, weil die Kommunalvertreter gar nicht erst erschienen sind. Entsprechend zynisch waren da die Bemerkungen aus dem Publikum ...

Unsere notwendige Vielfalt und Kombination von Ausbildung ab vierten Lebensjahr, Förderung in der Juniorcompany, dann in der eigentlichen LTT-Company bis hin zum internationalen D. C. DILLIGENCE -Künstlerpool erfordert natürlich ein starkes Engagement Leipzigs. Hier geht es nicht nur um Geld (Stichwort AKTION 5 statt 1,8 Prozent FÜR LEIPZIG). Auch benötigen die immerhin 360 Akteure ein größeres Tanzhaus als das jetzige in Löfzig, möglichst gut erreichbar. Dann könnten wir auch unserer neuesten Errungenschaft, eben jener jeweils projektbezogenen Profi-Dance-Company DILLIGENCE, deren Ausstrahlung auf die LTT-Amateure und auch dem hoffnungsvollen Einstieg Irina Pauls, die ja in ihrer Schulzeit selber hier getanzt hat, gelassener entgegensehen.

R.L.: Möge die Stadtverwaltung also auf-

springen auf die rollende Dilligence des ehemaligen Post-Ensembles, und die inzwischen öffentlichen Gerüchte zur künftig stärkeren finanziellen Förderung der Freien Theaterszene in Leipzig wahr werden lassen! Dann könnte langfristig auch eine Disposition des tanzpädagogischen LTT-Konzeptes samt Gast-Künstlern in das (dann kreativere) sächsische Schulwesen einbezogen werden

Wie alles begann ...



Postangestellte Annerose Hering als tanzendes Messemännchen

Zusammen mit dem Theater-Regisseur Hans Thomas entwickelte der erfahrene Bühnentänzer und Tanzpädagoge Jürgen Goewe 1966 die Konzeption eines Amateur-Tanzstudios mit hohem künstlerischen Anspruch. Er fand in der damaligen Bezirksdirektion Leipzig der Deutschen Post einen aufgeschlossenen Partner. Finanzielle Mittel dafür, beispielsweise für Ausstattung und Honorare, erhielt die Post als Trägerbetrieb der Gruppe aus dem staatlichen Kultur- und Sozialfonds.

Der neuen Tanzgruppe wurde also ein Konferenzraum als Probensaal unterm Dach des Leipziger Hauptpostamtes an der Grimmaischen Straße zur Verfügung gestellt, und sie bekam somit ein Zuhause. Hier oben trafen sich am 14. November 1967 bereits bühnen-erfahrene Amateurtänzer wie Harry Schuster, gemeinsam mit erwartungsvollen, absoluten Tanz-Neulingen, wie der Postangestellten Annerose Hering, zur ersten Probe unter der künstlerischen Leitung von Jürgen Goewe. Während draußen auf der Grimmaischen Straße der Feierabendverkehr tobte, tanzten alle das erste Mal und weiterhin in i h r e n Feierabend.

• R. L.

LN. In Sachsen arbeiten derzeit 300 Wasserkraftanlagen, die jährlich 269 Gigawattstunden Strom erzeugen. Das entspricht 1,5 Prozent des Stromverbrauchs und 13 Prozent des Stroms aus regenerativen Energiequellen.

1929 allerdings waren hierzulande 3500 Wasserkraftanlagen in Betrieb, ein inzwischen ungenutztes Potenzial dieser erneuerbaren Energie. Auf diese Fakten verwies Kathrin Kagelmann, die am 26. Oktober im Dresdner Landtag den Gesetzentwurf ihrer Fraktion „zur Änderung des Sächsischen Wassergesetzes zur Stärkung der Beteiligungs- und Eigentümerrechte“ der Öffentlichkeit vorstellte. Es gehe dabei jedoch nicht um die Wiederinbetriebnahme sämtlicher ehemaligen Mühlenräder, sondern darum, dass Wasserkraft einen angemessenen Anteil am Energie-Mix in Sachsen erhält. Die Staatsregierung allerdings betreibe die Stilllegung von Wasserkraftanlagen. So änderte der Landtag im Frühjahr

Erneuerbare Energien nicht blockieren! Wasserkraft statt Braunkohle



Ob nun die Mühle klappert am rauschenden Bach oder das Bachwasser am Wehr zur Energieerzeugung beiträgt ...

2004 mit den Stimmen der CDU das Wassergesetz derart, dass es Besitzern von Wasserkraftanlagen nahezu unmöglich gemacht wird, auf Dauer mit Rechtssicherheit ihre Anlage zu

betreiben.

Mit der Energieerzeugung einer durchschnittlichen Wasserkraftanlage kann dem Land die Devastierung von bis zu 5000 Quadratmetern Fläche

durch Braunkohle-Abbau erspart bleiben. Das scheint zwar auf den ersten Blick nur ein Tropfen auf dem heißen Stein zu sein, hinzu kommen jedoch der wegfallende CO₂-Ausstoß, dezentrale Arbeitsplätze und die damit verbundene lokale und regionale Wertschöpfung. Gründe genug für DIE LINKE, mit dem vorgelegten Gesetzentwurf dafür zu sorgen, dass jede mögliche Wasserkraftanlage gebaut bzw. erhalten werden kann.

Dass dabei mitunter Konflikte mit Naturschützern entstehen, ist den Antragstellern durchaus bewusst. Doch wo ein guter Wille ist, ließen sich diese auch entschärfen.

Was jedoch mit den Linken nicht zu machen sei, das ist die Doppelmoral der Staatsregierung, die beim Umgang mit Wasserkraftanlagen strengste Öko-Maßstäbe anlegt, während auf der anderen Seite ganze Landschaften bedenkenlos den Braunkohle-Baggern geopfert werden.

Auf seiner Sitzung am Freitagabend hat der Landesvorstand der LINKEN Sachsen einstimmig die Brandenburger Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ begrüßt und sich mit den Unterstützerinnen der breiten Initiative solidarisch erklärt. Dazu erklärt die Landesvorsitzende Dr. Cornelia Ernst:

Gerade der aktuelle Fall der Abaggerung von Heuersdorf in Sachsen zeigt die Aktualität und Notwendigkeit dieser Volksinitiative.

Energiepolitik genau wie Umwelt- und Klimapolitik hören nicht an Landesgrenzen auf. Insbesondere gilt da-

Keine neuen Tagebaue

her den 1800 von Umsiedlung bedrohten Einwohnern von Rohne, Mulkwitz sowie Schleife, Trebendorf und Mühlrose unsere Unterstützung. Diese Orte befinden sich in originär sorbischen Siedlungsgebiet, eine Zerstörung der gewachsenen Orte bedeutet damit auch einen gewaltigen Verlust für sorbische Traditionen und Heimat.

Die sächsische LINKE hat in ihrer politisch-programmatischen Gründungserklärung ihre Orientierung auf die „forcierte Entwicklung von Alternativen zur Braunkohleverstromung“ dargelegt. Auch die Landesarbeitsgemeinschaften Betrieb & Gewerkschaft und ADELE – die ökologische Plattform haben den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in Sachsen bis spätestens 2040 als Ziel definiert. Deshalb müssen in den kommenden Jahrzehnten fossile Energieträger in wachsendem Maße durch ökologisch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe ergänzt und ersetzt werden: In der Forschung und Arbeit in der nachhaltigen Energiegewinnung sind mehr Arbeitsplätze zu erwarten als gegenwärtig in der Braunkohle tätig sind.“

LN. Mit ADELE hat sich im Oktober 2007 die Landesarbeitsgemeinschaft „Ökologie“ der Partei DIE LINKE in Sachsen gegründet. Sie ist aus ADELE, der ökologischen Plattform in und bei der Linkspartei, PDS, Mitgliedern der WASG sowie im Neubildungsprozess neu hinzugekommener MitstreiterInnen hervorgegangen.

Sabine Kunze (035891 35290) und Michael-Alexander Lauter (0341 9424882) wurden zu Sprechern der Arbeitsgemeinschaft gewählt.

In der Gründungserklärung heißt es u.a., dass ADELE sich dafür einsetzt, „die Verbindung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten in den Entscheidungen und im öffentlichen Erscheinungsbild der Partei überzeugend, erlebbar und glaubwürdig zu gestalten.“

ADELE will künftig u. a. konzeptionelle Lösungsansätze für eine linke ökologische Politik in Sachsen entwickeln und An-

ADELE lebt

Landesarbeitsgemeinschaft „Ökologie“ der Partei DIE LINKE in Sachsen gegründet

sprechpartner für Mitglieder und SympathisantInnen in ökologischen Fragen sein. Gesucht wird der Kontakt zu Nichtregierungsorganisationen (NGO), aufgebaut werden Kooperationen in der außerparlamentarischen Arbeit.

„Die größte Herausforderung der Gegenwart“, so heißt es im ADELE-Programm, „besteht in der Verhinderung einer vom Menschen verursachten Klimakatastrophe. Die nicht verhinderbaren Auswirkungen des Klimawandels müssen sozial gerecht und solidarisch abgefedert werden.“

Wir brauchen in Sachsen endlich die zügige Einleitung der Energiewende, die konsequent auf Energieeinsparung und Energieeffizienz setzt. Ohne sie bleiben alle

Maßnahmen zum Klimaschutz nur Flickwerk. Konzepte zur Landesentwicklung, die diesem Anliegen nicht Rechnung tragen, gehen ins Leere. Um den Erfordernissen einer sozial-ökologischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden, muss Aleksa (Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsens) weiter fortgeschrieben werden.

ADELE vereint sowohl Mitglieder und Gastmitglieder, die an Visionen arbeiten, die über den heutigen Zustand der Gesellschaft hinausweisen, als auch jene, die ihr vorrangiges Wirken darin sehen, praktische Umweltpolitik in der heutigen Gesellschaft zu gestalten. Beides ist für uns unersetzbar. Deshalb wird sich ADELE an der programmatischen Diskussion aktiv beteiligen und an der Ausarbeitung praktischer politischer Entscheidungen mitwirken.“ Übrigens. Neue MitstreiterInnen sind nicht nur jederzeit eingeladen mitzumachen, sondern auch sehr willkommen.

17. Oktober

Dresden: Ministerpräsident Milbradt hat sich für bauliche Veränderungen an der geplanten Waldschlößchenbrücke ausgesprochen, um den Welterbestatus für das Elbtal zu erhalten. Das Regierungspräsidium soll nun mit der Stadt verhandeln. Zurzeit gilt ein vorläufiger Baustopp. Der Gerichtsentscheid dazu ist Ende Oktober geplant.

18. Oktober

Mügel: Zwei Monate nach den Übergriffen auf acht Inder in Mügel hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Wie die Ermittler mitteilten, müssen sich zwei Männer aus Mügel von 18 und 23 Jahren wegen Volksverhetzung, der ältere von beiden zudem wegen Sachbeschädigung verantworten. Sie sollen vor der Pizzeria, in die die Inder geflohen waren, ausländischer Parolen gerufen und ein Fenster eingeworfen haben.

19. Oktober

Dresden: Im Streit um die geplante Diätenerhöhung für Landtagsabgeordnete ist die SPD zurückgerudert. Die Landtagsfraktion sprach sich gegen eine rückwirkende Erhöhung der Bezüge aus. Der

SACHSEN-CHRONIK

(15. Oktober bis 28. Oktober)

ursprüngliche Gesetzentwurf sah eine rückwirkende Erhöhung der Grunddiät per 1. September um monatlich 197 Euro auf 4481 Euro vor. In der kommenden Legislaturperiode soll sie auf 4835 Euro wachsen. Kritik kam von der Opposition. Zuerst müssten die Bürger vom Aufschwung profitieren, nicht die Politiker.

Oberwiesenthal: Der Wintereinbruch im Erzgebirge hat mehrere Unfälle verursacht. Auf schneeiglatte Straßen kamen Autos von der Fahrbahn ab, dabei gab es Verletzungen und Sachschäden. Auf dem Fichtelberg wurden 21 cm Schnee gemessen.

21. Oktober

Dresden: In der bundesweiten DNA-Straftäter-Kartei sind derzeit rund 29 000 Datensätze aus Sachsen erfasst. Nach Angaben des Landeskriminalamtes handelt es sich dabei um Informationen zu

bekanntesten Straftätern. Dazu seien noch etwa 7900 DNA-Spuren von verschiedenen Tatorten gekommen.

Leipzig: Rund 26.000 Gäste haben die zu Ende gegangene Lachmesse besucht. Organisator Eichhorn zog ein positives Fazit. 2007 sei ein exzellenter Jahrgang mit durchweg qualitativ hochwertigen Programmen gewesen. An elf Tagen hatten mehr als 160 Künstler aus sieben Ländern in 96 Veranstaltungen auf der Bühne gestanden. Die Leipziger Lachmesse ist das größte europäische Humor- und Satirefestival.

22. Oktober

Nach dem Wegfall der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien plant das Innenministerium ein neues Sicherheitskonzept. Demnach sollen Autokennzeichen schon bei der Einreise automatisch erfasst und mit Fahndungsdateien verglichen

werden. In bestimmten Fällen sollen Verdächtige auch über die Grenze hinaus verfolgt werden können. In einem bis zu zehn Kilometer breiten Grenzstreifen soll es mehr Polizeikontrollen geben, bisherige, direkte Grenzkontrollen werden weggelassen. Für das Konzept müsste das Polizeigesetz geändert werden.

22. Oktober

Leipzig: Mit einer provokanten Plakataktion haben Lok-Fans für die Auswärtsfahrt zum Sachsenliga-Spiel gegen Dynamo Dresden II geworben. Das Poster zeigt die Stadt in Kriegstrümmern von 1945 und den Aufruf „Auf nach Dresden“. Der DFB will den Vorfall prüfen. Lok-Fans sind schon mehrfach mit rechten Parolen und Schlägereien aufgefallen.

28. Oktober

Bautzen: Der Vorsitzende des sorbischen Künstlerbundes, Dyrlich, hat die geplante Kürzung der staatlichen Mittel für die Sorben als beschämend bezeichnet. Die Bundesregierung plant, ihre Zuschüsse an die Stiftung für das sorbische Volk um rund acht Prozent zu kürzen. In Sachsen leben rund 40 000 Sorben.

Russen in Leipzig ... eine Spurensuche

Ein Thema mit Seele und Gefühl und Vorurteilen

Gefragt nach der Sympathie der Deutschen für andere Nationen standen die Russen an 13. Stelle. Keine repräsentative Meinungsumfrage (erfasst wurden nur 1016 Personen in Deutschland). Noch fehlen für Leipzig diese Daten.

Unter „Russen“ werden bei uns im allgemeinen Sprachgebrauch alle jene Neusiedler bezeichnet, die sich der russischen Sprache bedienen. Aber zu diesen Russisch-sprechenden gehören eben auch Ukrainer, Deutsche aus Russland, Bewohner aus Mittelasien und den Kaukasusregionen, also Vertreter vieler anderer Nationalitäten aus der ehemaligen UdSSR. Sie bilden heute die größte ausländische Gruppe in Leipzig, insgesamt (mit den in der Ausländerstatistik nicht erfassten Spätaussiedlern) 17000 von rund 27000 Personen. Nur während der Völkerschlacht 1813 wurde diese Zahl übertroffen. Das aber waren Soldaten, dann auch für ein Jahr Besatzungstruppen. Heute aber leben die Neuankömmlinge als Übersiedler auf Dauer mitten unter uns, sind unsere Mitbürger geworden. Unzufrieden mit dem bisherigen Leben in ihrer alten Heimat, nach der sie sich trotzdem oft sehnen, streben sie hier nach neuen Ufern, zu einem besseren Leben, zu günstigeren Perspektiven für sich und ihre Kinder und Enkel in einem Gemeinwesen, das oft mit sich selbst genug zu tun hat und die Probleme der „Neuen“ bestenfalls am Rande wahrnimmt.

Genau hier setzt der vorliegende Band „Leipzig und Russland“ ein und behandelt hauptsächlich die Frage: Wie wurden die „Russen“ im Lauf der Jahrhunderte und wie werden sie heute bei uns wahrgenommen? Es ist also weder eine Geschichte der Beziehungen zwischen Leipzig und Russland in einer wechsellvollen, oft problemgeladenen Zeit, noch eine Enzyklopädie. Es ist vielmehr der Versuch, gegen das historische Vergessen anzuschreiben. In diesem Sinne haben 39 Autoren in 29 Originalbeiträgen und Nachdrucken geschrieben: Deutsche, Russen, Ukrainer unterschiedlichen Glaubens. Ein Plädoyer für ein besseres heutiges und künftiges Miteinander.

Im Jahre 2005 haben wir eine Kunstausstellung hier lebender russischsprachiger Künstler unter dem Titel „Brückenschlag“ in der Stadtbibliothek organisiert: Jetzt soll mit dem vorgelegten Lesebuch der Bau einer Brücke der Verständigung fortgesetzt werden. So ist es kein Zufall, dass neben der akademischen Untersuchung der Essay steht oder der literarische Text und auch das persönliche Erleben. Wie geht es den „Russen“ hier und heute, wer hat sich etwas Neues aufgebaut, wo liegen die Probleme, dass es bisher nicht alle schaffen? • **ERHARD HEXELSCHEIDER**



Sucht man im Leipziger Stadtbild nach russischen Spuren, dann fällt die Gedächtniskirche unweit des alten Messegeländes ins Auge. Die Kirche ist den 22 000 während der Völkerschlacht gefallenen russischen Soldaten gewidmet.

Am 14. August 1911 beschloss der Leipziger Stadtrat, den Boden für den Bau kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Gedächtniskirche ist benannt zu Ehren des heiligen Alexius (1292-1378). Erbaut im Nowgoroder Stil nach einem Projekt des Petersburger Architekten Wladimir Alexandrowitsch Pokriowski.

(Oleg Akulov: „Die Russisch-Orthodoxe Kirche und ihre Gemeinde“, ein Kapitel im Lesebuch „Leipzig und Russland“.)

Gefragt nach meinen ganz persönlichen russischen Beziehungen fallen mir zuerst Zeugnishefte in die Hände. Vor 40 Jahren im Fach Russisch eine 1, das bedeutet immer noch, dass ich heute die 32 000 Euro Frage eines deutschlandweit bekannten Quizmeisters nach der deutsch-russischen Vokabel „Butterbrot“ richtig beantwortet hätte. Soviel Euro ist auch diese Sprache heute wieder wert? Bitte nicht gleich protestieren, denn auch in puncto Literatur, Theater und Film stehen mir die „Russen“ bis heute nahe. Bei Tanzmusik und Jazz bevorzugte ich allerdings schon immer andere Länder. Inzwischen sind Welten untergegangen, deutsche und natürlich auch sowjetische.

Wieder wurden quer durch Europa die großen Denkmale rückgebaut und lange Straßen bekamen andere Namen. Die Welt dreht sich offenbar im Kreis und ob Moskau und Berlin noch „zwei liebevolle Schwestern sind“, wie Gisela May einst sang, würde ich heute gern Angela Merkel einmal fragen. Sie müsste es ja als einstige Moskauerin auf Zeit ganz gut beurteilen können. Egal, was man in seinem Leben getan oder gelassen hat, alles prägt doch mehr oder weniger nachhaltig. So ging es mir auch bei der kürzlichen Buchpremiere von „Leipzig und Russland“ im altherwürdigen Leipziger Robert Schumann-Haus. Es war schön feierlich ohne in steife Diplomatie auszuarten. Ich verstand einige der russisch vorgetragenen Lieder noch ganz gut. Und ich atmete tief durch, als ich hörte, dass in den Zimmern, die ich auch betrat, der berühmte Russe Rubenstein vor sehr langer Zeit mal am Flügel saß.

Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart beschreiben die rund 269 Seiten dieses – wie die Herausgeber sagen – Lesebuches. Gar nicht so einfach es zu drucken, schwer auch aus pekuniären Gründen. Die 32 000 Euro der Quizfrage hätten da wohl helfen können, so waren einige Sponsoren großzügig und alle Autoren verzichteten auf ihr Honorar.

• **MICHAEL ZOCK**

„Leipzig und Russland“ Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart

Herausgegeben von
E. Hexelschneider und A. Liebrecht
Zu beziehen u.a. über:
Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig

Leseproben:

Orlow machte während seiner Vernehmung einen äußerst verstockten Eindruck. Er weiß genau, was er getan hat und versucht nun unter allen Umständen alles abzustreiten. Auch nach besonders hartem Anfasen ging er von seinen Angaben nicht ab. Wie aus seiner Vernehmung ersichtlich, erscheinen seine Angaben erdacht und erlogen.“

Dieser Ausschnitt aus einem Verhörprotokoll der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) vom 3. Juni 1944 lässt nur entfernt erahnen, was der Gefangene erdulden musste. Hinter dem Decknamen „Orlow“ verbarg sich Nikolai Rumjanzew, ein sowjetischer Zwangsarbeiter, der sich nicht mit seinem Schicksal abfand und zum Widerstand gegen das Naziregime aufrief.

Am 31. Mai wurde er in einem Zwangsarbeiterlager in der Antonienstraße von der Lagerbewachung verhaftet, als er gerade Flugblätter verteilen wollte. Danach begann ein wochenlanger Leidensweg ...

Aus dem Kapitel: „Sowjetische Zwangsarbeiter im Widerstand gegen das Naziregime“
von **Carsten Voigt**

Wer heute in Deutschland lernen, arbeiten oder einfach nur leben möchte, muss Deutsch sprechen, lesen und schreiben können. Die Aussprache darf zwar die Herkunft verraten und dein Deutsch braucht nicht unbedingt fehlerfrei zu sein (großartig, wer das Bestmögliche erreicht hat). Aber man kann sich nicht mit Handzeichen verständigen und dabei verlangen, dass die Einheimischen einfach die von dir erwünschte Daseinsberechtigung einsehen. Man muss anständig Deutsch sprechen und sollte dabei die schwierige Grammatik nicht unterschätzen. Es gibt vielleicht auf der Welt andere Länder, wo man ohne Sprachkenntnisse gut zurecht kommen kann, aber nicht Deutschland. Hier ist die deutsche Sprache, meiner Erfahrung nach, das A und O der gemeinsamen und eigenen Existenzgründung.

Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen, gibt es in Leipzig sehr viele. Laut Zuwanderungsgesetz haben Aussiedler und Ausländer die Gelegenheit einen vom Staat bezahlten Integrationskurs zu besuchen (600 Stunden Deutschunterricht). Sie erhalten nach dem Abschluss ein Zertifikat. Jetzt kommen immer weniger Zuwanderer nach Leipzig und damit ist die Konkurrenz härter geworden ...

Aus dem Kapitel: „Russisches Leben im heutigen Leipzig – Das A und O ist die Sprache“
von **Alita Liebrecht**.

Die billigsten Denkmale sind Straßennamen. Heute gibt es in Leipzig 2915 benannte Straßen und Plätze. Die meisten von ihnen tragen unverfängliche Namen von Orten, Pflanzen und Tieren etc. Andere ehren Persönlichkeiten. Unter diesem dominieren Wissenschaftler, Künstler, Naziopfer und Kommunalpolitiker. Natürlich sind es vorwiegend Leipziger, nach denen Straßen benannt wurden, zumindest aber Deutsche. Unter den Leipziger Straßennamen befindet sich aber auch nicht gerade eine kleine Anzahl von bekannten russischen Persönlichkeiten.

Da sind zuerst und größerer Anzahl jene russischen Generale, die in der Völkerschlacht von 1813 in und um Leipzig dazu beitrugen, das napoleonische Joch zu zerschlagen. Allein mit elf Straßennamen wird das Andenken an russische Militärs aus der Völkerschlacht wachgehalten.

Die ersten beiden waren 1906 Levin August Graf von Bennigsen (1745 – 1826 Bennigsenstraße) und Eugen Friedrich Karl Paul Ludwig Herzog von Württemberg (1788–1857), genannt Jewgeni Wjur-ttembergski (Prinz-Eugen-Straße). Dem folgte 1911 in Probstheida die Russenstraße. Bei diesen Namen blieb es bis 1934 ...

Aus dem Kapitel: *Russisches in Leipzigs Stadtbild – Straßennamen die billigsten Denkmale*
von **Dieter Kürschner**

Hier nennt einer der führenden Sozialpolitiker Deutschlands, der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach, Zahlen und Fakten für das, was in den letzten Jahren in vielen Bereichen als angebliche Reformen der Bevölkerung zugemutet worden ist. Eine erschütternde Bilanz. Lauterbach beschäftigt sich in seinem Buch „Der Zweiklassenstaat – Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren“ (Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2007) mit vier Komplexen: Bildung, Medizin, Rentenversorgung und Pflege. Und er kommt in allen Fällen zu dem nachvollziehbaren Ergebnis, dass in Deutschland die Privilegierten das Land ruinieren, weil sie dafür sorgen, dass ihre Privilegien auf Kosten der breiten Bevölkerung erhalten bleiben. Dabei sind Ihnen nicht nur die zahlreichen Lobbyisten behilflich, sondern – und das ist der eigentliche ungeheuerliche Skandal – Regierung, Bundestag und Länderparlamente.

Lauterbach ist glaubwürdig, auch wenn er selber zahlreiche Privilegien genießt. Als Mediziner und Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Epidemiologie an der Universität Köln sowie als Mitglied der Legislative hat er Einblick in die komplexen gesellschaftlichen Systeme, die für Außenstehende nur schwer durchschaubar sind. Denn zumeist fehlt es an der genauen Kenntnis der Sachverhalte; obwohl dieses unguete Gefühl, das Lauterbach mit „Zweiklassenstaat“ umschreibt, bei der weitaus überwiegenden Bevölkerung mehr oder weniger ausgeprägt vorhanden ist. Die anderen gehören sowieso zu denen, die in Bildung, medizinischer Versorgung, Altersabsicherung und Pflege nicht zu knapp profitieren, und zwar dadurch, dass die nicht privilegierte Mehrheit zurückzustehen und außerdem noch den Hauptanteil für die Infrastruktur zu zahlen hat. Nichtsdestoweniger – so schreibt Lauterbach – seien die meisten Deutschen nach wie vor „der Überzeugung, dass Bildung und Gesundheitsversorgung nicht vom Einkommen abhängen sollten“, wohingegen die Amerikaner schon seit jeher glauben, „dass jeder für sich selbst verantwortlich sei und nur auf das Anspruch habe, was er sich selbst verdient hat: die beste Behandlung für Wohlhabende, eine Basisversorgung oder weniger für Arme“. Ob auch die vielen Armen in den USA derart ideologisch verblendet sind, ist zweifelhaft; dass jedoch die deutsche Bevölkerung vielfach noch dem Irrglauben an eine soziale und gerechte Gesellschaft anhängt, ist unbestreitbar.

Lauterbach schreibt: „In der Tat sind alle Bereiche unserer sozialen Sicherung ungerecht, also neben dem Gesundheitswesen auch das Rentensystem und die Pflegeversicherung. Selbst der deutsche Arbeitsmarkt ist nicht neutral, sondern schreibt systematisch die durch das ungerechte Schulsystem bedingten Nachteile fort. Von der Wiege bis zur Bahre wird in Deutschland die Chancengleichheit verwehrt. Stattdessen herrscht der Zweiklassenstaat.“ Zwar scheinere unser Staat noch immer gerechter als er ist, doch diese Illusion sei bald durchschaut. Und das berge die große Gefahr nicht nur einer Schwächung der Wirtschaftskraft in sich, sondern darüber hinaus einer Unterhöhung der Akzeptanz von Demokratie. Ein Zweiklassenstaat, so führt Lauterbach weiter aus, „fördert die moralisch niedrigsten Verhaltensweisen in seiner Bevölkerung und hat gleichzeitig nicht die moralische Autorität, sich darüber zu erheben“.

Daraus resultiert unter anderem die Forderung nach einem Zwang zur Sprachförderung für Migrantenkinder sowie zur verpflichtenden ganztägigen Vorschule für

Wolfgang Bittner

Die Privilegien der einen sind die Armut der anderen

Die radikalen Thesen des Karl Lauterbach

Drei- bis Sechsjährige bei gleichzeitiger Abschaffung der Hauptschule zugunsten einer ganztägigen Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild. Lauterbach hält die Hauptschule in ihrer heutigen Form für einen Ort „der Vernachlässigung, Verrohung und Stigmatisierung der Kinder der anderen“. Er geht sogar so weit, für eine Frühförderung der Kleinkinder bis zu drei Jahren einzutreten sowie für eine akademische Ausbildung für Erzieherinnen. Da fragt es sich allerdings, ob die studierten Erzieherinnen dann nicht lieber auf die besser dotierten Lehrberufe umsatteln würden und ob schon Ein- und Zweijährige unbedingt in den „Erziehungs-Knast“ gezwungen werden müssen, um ihre spätere Leistungsfähigkeit (für Industrie, Handel, Verwaltung) zu erhöhen. Nichts gegen eine Fachausbildung für die Menschen, die unsere Kinder betreuen, und überhaupt nichts gegen mehr Kindergartenplätze. Ob allerdings alles verpflichtend und akademi-

„Der Verlierer dieses Systems ist der gesetzlich Versicherte und die gesamte Gesellschaft durch den Niedergang der klinischen Forschung. Dabei wird fast die komplette Infrastruktur der Universitätskliniken von Beitragszahlern der Gesetzlichen Krankenversicherung und aus Steuermitteln bezahlt. Stärker als alle anderen profitieren davon die zehn Prozent privat Versicherten.“

Außerordentlich informativ sind in diesem Zusammenhang die zitierten Stellungnahmen von Ärzten aus dem Internet-Forum www.facharzt.de, wo zum Beispiel von „Kasslern“ oder von „Chipsletten“ (gemeint sind Kassenpatienten) die Rede ist, die „sich im Wartezimmer den Arsch platt drücken“, von „Billigheimer-Kassen“ (AOK) oder von „Armenkässlern“, die nur „die Zeit stehlen“ und denen ein „Tritt in den Achtersteven“ gut täte. Kassenpatienten wortwörtlich als „unsere Gegner“, „diese feiste Unterschicht“, die man am

später ein ähnliches Leistungsniveau weder in der Rente noch in der Krankenversicherung zur Verfügung stehen wird“. Doch auf Jahre hinaus subventionieren die armen Rentner noch die reichen Rentner, weil sich die Höhe der Rente an dem früheren Einkommen und der Beschäftigungsdauer orientiert und die Besserverdienenden, deren Einzahlungen nach oben begrenzt sind, nach der Statistik im Durchschnitt einige Jahre länger leben.

Dass vom Staat zusätzliche private Absicherungen empfohlen werden, kann nicht verwundern, wenn man weiß, wie viele „Volksvertreter“ in der Versicherungsbranche nebetätig sind. Diese Empfehlung gilt allerdings nicht für Beamte, die auf Kosten des Steuerzahlers nicht nur eine umfanglichere Krankenversicherung und ärztliche Versorgung als die übrigen Arbeitnehmer genießen, sondern auch erkleckliche Pensionen. Während die durchschnittliche Rente in der gesetzlichen Rentenversicherung 769 Euro netto beträgt, liegt die Beamtenversorgung bei 1992 Euro netto. Erst recht enttäuschend sind die Bedingungen in der Pflege. Zehn Jahre nach ihrer Einführung, schreibt Lauterbach, sei die Pflegeversicherung mehr oder weniger pleite, sie werde völlig ungerecht finanziert, leide unter Ineffizienz und weise gravierende Qualitätsdefizite auf. „Abgezockt und totgepflegt“. Auch hier profitieren Beamte, die einen bis zu siebzigprozentigen Zuschuss zur Pflege erhalten. Lauterbach: „Es hat den Anschein, als ob die Beamten Gesetze nur für sich und die an-



Die Karikatur des politisch aktiven Medizinprofessors Karl Lauterbach, SPD, in der Deutschen Ärztezeitung sieht ja noch ganz freundlich aus. Dennoch: Die deutsche Ärzteschaft scheint fast geschlossen auf dem Sofa zu sitzen und beleidigt zu sein. Beleg? Die zur Zeichnung gehörige „Kurzfassung“ des Lauterbach-Buches eines Gladbecker Kardiologen (der viel Zuspruch fand):

„Niedergelassene Ärzte stellen bei Kassenpatienten nur Fehldiagnosen, um sie dann überflüssigerweise in die doppelte Facharztschiene stationär einzuweisen, während sie sich an Privatpatienten dumm und dämlich verdienen. Diese können sich aber die Superspezialisten aussuchen, an die ein Kassenpatient nie herankommen kann, weil der keinen Bundestagsabgeordneten kennt, der bei Prof. Lauterbach einen Termin ausmachen könnte. Die Superspezialisten wiederum operieren nur die Hypochondrien der Privaten, während die Kassenpatienten, die an sehr seltenen Erkrankungen leiden, an den Sekretärinnen der Universitätsprofessoren abprallen. Schweinerei.“

siert sein sollte, ist fraglich.

Natürlich müssen wir bei den Kindern anfangen, wenn wir uns eine gerechte und soziale Gesellschaft wünschen, die wir in der Tat nicht haben. Um jedoch einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein und damit auch bei den Eltern der zu erziehenden Kinder herbeizuführen, dürfte ein noch weiterer Weg zu beschreiten sein. Denn Bildungsnotstand und Kulturferne lassen sich nicht ohne ein grundsätzliches Umdenken in Politik und Gesellschaft beseitigen. Davon aber sind wir meilenweit entfernt.

Der ungebildete und perspektivlose Arbeitslose entwickle sich nicht selten vom Opfer zum Täter, und zwar gegenüber seinen Kindern und zugleich gegenüber der Gesellschaft, schreibt Lauterbach. Insbesondere Migrantenkinder ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung, die vom Sozialstaat abhängig sind und ihn für ihr Überleben brauchen, hassten diesen Staat und würden zu einer potenziellen Bedrohung für die Gesellschaft. Sie begannen ihre „Karriere“ als Opfer dieser Gesellschaft und endeten oft genug als Täter, weil sie ohne Perspektive ausgegrenzt seien.

Die Ausgrenzung weiterer Teile der Bevölkerung wird besonders deutlich bei der medizinischen Versorgung. Lauterbach:

besten „verrecken“ lässt, damit mehr Zeit für Privatpatienten bleibt.

Das muss nicht kommentiert werden. Ebenso wenig, dass niedergelassene Ärzte nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt 10 500 Euro vor Steuern und nach Abzug aller Personal- und Praxiskosten verdienen, während der durchschnittliche Arbeitnehmerbruttoverdienst bei 2190 Euro liegt.

Als die vier stärksten Lobbygruppen in der deutschen Gesundheitspolitik nennt Lauterbach die Private Krankenversicherung, die Pharmaindustrie, die Tabakindustrie und nicht zuletzt die Kassenärztlichen Vereinigungen, die über einen riesigen Verwaltungsapparat verfügen und nicht nur nach Meinung Lauterbachs abgeschafft gehören. Er plädiert zu Recht für eine einheitliche Gebührenordnung für alle Patienten, für eine vermehrte Einrichtung von Spezialkliniken und eine stärkere Arzneimittelkontrolle (53 659 verschiedene Medikamente sind auf dem Markt) sowie für eine Reduzierung der zurzeit zirka 240 Krankenkassen auf 30 bis 50.

Bei der Altersversicherung müssen dann in unserem System des Generationenvertrags nach Lauterbach die Erwerbstätigen „nicht nur die Lasten ihrer Elterngeneration tragen, sondern zugleich fürchten, dass ihnen

deren Privilegierten in Deutschland gemacht hätten.“

Das Bildungs- und Forschungssystem in einer „massiven Dauerkrise“, eine angsterregende Zweiklassenmedizin, Rentenbetrug und Pflege-notstand – das sind kurz gefasst Lauterbachs Thesen, die er mit Zahlen, Fakten und Beispielen aus der Praxis untermauert. Zu jedem der genannten Komplexe gibt es Reformvorschläge, die fast alle vernünftig, aber wohl kaum durchsetzbar sind. Einerseits scheint Karl Lauterbach noch die Hoffnung zu haben, dass die Ungerechtigkeiten und Schäden zu beseitigen sind, andererseits führt er uns das Gemeinwesen, in dem wir leben, als durch und durch verlogene und morbide vor. Das ist umso deprimierender, als ihm niemand als durchgeknallten Linken, als Neidhammel oder Verschwörungstheoretiker diffamieren kann. Was also ist aus diesen Ausführungen eines Insiders zu lernen? Besser reich und gesund, als arm und krank, wird mancher sagen und sich damit schlitzohrig auf die Seite der Privilegierten schlagen wollen – wenn es denn möglich ist. Dabei heißt es schon in der Bibel bei Salomon: „Wer den Weg der Einsicht verlässt, begibt sich in die Gesellschaft von lebenden Toten.“

Von **SARKIS LATCHINIAN**

Ersterwähnt um 2150 v. u. Z. als Volk mit indoeuropäischer Sprache, lebt gegenwärtig knapp die Hälfte der schätzungsweise 30 Millionen Kurden im Osten der Türkei, ein Viertel im Iran, rund 20 Prozent im Irak, weitere 10 Prozent in Syrien und einige Prozente in Armenien, Georgien, Kasachstan und Kirgistan. Etwa 80 Prozent der Kurden sind Sunniten, 20 Prozent Schiiten. Bis vor kurzem waren sie nirgendwo außer in den von Kurden bewohnten damaligen Sowjetrepubliken als nationale Gruppe oder Minderheit anerkannt. Nun weckt das mittlerweile autonome Kurdengebiet im Norden des besetzten Irak neue Hoffnungen. Andererseits kann dies aber auch eine neue Zerreißprobe mit der Türkei und eine weitere Zersplitterung der vom Krieg zerrütteten Nahost-Region mit sich bringen.

Ein Volk ohne Staat

Ethnisch konsolidiert im 3./4. Jahrhundert im Norden Mesopotamiens, vollzieht sich besonders nach der Annahme des Islams ab 637 während des Kalifatenreiches die Besiedlung des größten Teils von Kurdistan, das später eine Provinz des Seldschukenreiches wurde. Bis zum 14./15. Jahrhundert bilden sich hier zahlreiche Lokal-Fürstentümer heraus und ein reges Stammesleben. Die erste Teilung Kurdistans 1514 zwischen Persern und Türken wird 1639 zugunsten des Osmanischen Reiches verändert und leitet für das kurdische Volk ein Zeitalter unendlichen Leids und nationaler Zerrüttung ein.

Entgegen dem Frieden von Sèvres (10. August 1920), der den Kurden erstmals die Eigenstaatlichkeit zusprach und die Entstehung einer kurdischen nationalen Bewegung förderte, wurde der damals osmanische Teil Kurdistans in den Irak, Syrien und die Türkei eingegliedert. Damit vollzog sich die zweite Teilung Kurdistans, die vorbereitet worden war durch das britisch-französische Abkommen von Sykes-Picot von 1916. Der Frieden von Lausanne 1923 gestand den Kurden keinen Minderheitenschutz in der Türkei zu. Von der Lethargie der europäischen Großmächte profitierend, schlug die türkische Armee 1925 und 1937 mehrere größere Aufstände der Kurden nieder. Seitdem betreibt die Türkei eine Türkisierungs politik gegenüber den „Bergtürken“ genannten Kurden. Die Folge war eine ständig wachsende Militärpräsenz. Das Kurdengebiet wurde zum Militärbezirk erklärt und in militärischen Ausnahmezustand versetzt, Ruhe sollte hier einziehen – Friedhofsruhe. Die Kurden in der Türkei sollten nicht mehr nach dem benachbarten Iran schießen, wo es in Folge des Zweiten Weltkrieges vom Dezember 1945 bis Dezember 1946 auf iranischem Gebiet unter sowjetischer Militärbesatzung zur Bildung eines Kurdenstaates, der „Volksrepublik Mohabad“ gekommen war. Die Symbolkraft dieser kurzen historischen Episode in der Geschichte des kurdischen Volkes sollte dem Befreiungskampf der Kurden ungeahnte Impulse verleihen. So kam es im kurdischen Gebiet im Irak wegen Autonomiebestrebungen zu regelrechten kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem in den Jahren 1961–1970, 1974/75 und 1991/92, die mehrere Zehntausende Opfer zur Folge hatten. Hunderttausende Kurden mussten nach der US-Aggression 2003 vor der Verfolgung durch Saddam Hussein in die Berge Kurdistans sowie in die benachbarte Türkei und nach

dem Iran fliehen. Auch im kurdischen Teil der Türkei kämpft seit 1984, verstärkt aber seit 1992 die autonome Guerillaorganisation „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) für einen eigenen kurdischen Staat. Gegen ihre Operationsgebiete im Südosten der Türkei und im Norden Iraks richten sich seit 1995 Offensiven der türkischen Armee. Mitte Oktober 2007 hat das türkische Parlament der türkischen Armee grünes Licht gegeben, die PKK-Kämpfer im autonomen kurdischen Gebiet auf irakischem Territorium ein Jahr lang verfolgen und bekämpfen zu dürfen.

Das autonome kurdische Gebiet im Irak

Nach Jahrzehnten der Unterdrückung haben die Kurden am Ende des ersten Golfkrieges (1991 zwischen Irak und Iran) die Schwächung des Regimes von Saddam Hussein dazu genutzt, sich der Kontrolle Bagdads zu entziehen. Unter dem Schutz von UN-Truppen entstand im Norden des Irak 1991 ein faktisch autonomes kurdisches Gebiet, in dem 1992 erstmals freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfanden. Nachdem infolge des US-Krieges das Baath-Regime zu Fall gekommen war, wurden die beiden großen und sich bekämpfenden kurdischen Parteien, die „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) unter Führung von Dschalal Talabani und die von Massud Barsani geführte „Kurdi-

Städten des Südostens der Türkei. Dazu trug auch die Freilassung der seit 1994 inhaftierten kurdischen Parlamentsabgeordneten Leila Zana und Hatib Dick im Jahre 2004 bei, was deren Bestehen auf einer eigenständigen kurdischen Identität in der Türkei legitimierte. Andererseits zwingt die Perspektive eines EU-Beitritts die türkische Regierung, die strenge Aufsicht über den südöstlichen kurdischen Landesteil zu lockern. Doch der Freiheitsspielraum der Kurden bleibt trotz alledem eng begrenzt und stets gefährdet. Nachdem der 1999 anlässlich des Prozes-



Kurdisches Gebiet im Irak mit 4,4 Millionen Kurden (rot markiert). In der angrenzenden Türkei, leben 13,7 Millionen Kurden, im Iran 6,6, in Syrien 1,3 Millionen und Armenien 65 000 Kurden.

Autonomiebestrebungen der Kurden im Zeichen eines drohenden neuen Krieges

sche Demokratische Partei“ (KDP) in einem durchaus spannungsreichen Dialog mit den wichtigsten schiitischen Oppositionsparteien zu politischen Akteuren, ohne die die Bildung einer irakischen Regierung unter US-Besatzung nicht möglich gewesen wäre.

Wie sehr die beiden Golfkriege von 1991 und 2003 die Autonomiefrage der Kurden verändert haben, zeigt schon die Tatsache, dass der Kurde Dschalal Talabani in April 2005 zum Staatspräsidenten im US-besetzten Irak ernannt wurde. Ohne Zweifel hat das Ende der Herrschaft Saddam Husseins die Unabhängigkeitsbestrebungen der irakischen Kurden insofern wiederbelebt, als die USA sie nolens volens gewähren lassen mussten, besonders als der NATO-Partner Türkei den amerikanischen Truppen untersagte, über türkisches Territorium in den Irak einzumarschieren. Angesichts dessen unternahm die Kurdenführer in Bagdad wichtige Schritte, in Richtung eines autonomen Gebietes zu verhandeln, das innerhalb eines föderalen, aber geeinten Iraks verbleiben sollte. Dabei sind sie davon ausgegangen, dass eine volle Selbstständigkeit angesichts der Einkreisung ihres Gebietes durch lauter feindlich gesinnte Länder – Türkei, Iran, Syrien – illusorisch wäre. Denn diese Länder zeigen sich durch die Aufwertung der kurdischen Region des Iraks beunruhigt, könnte dieses Beispiel doch bei der eigenen kurdischen Bevölkerung zu ähnlichen Forderungen führen. Besonders betroffen reagiert die Türkei, die auch deswegen nicht davor zurückscheute, den strategischen und militärischen Partner USA vor den Kopf zu stoßen. Zudem behauptete sich die prokurdische Partei Dehpar bei den Kommunalwahlen im März 2004 in allen größeren

ses gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan ausgerufenen Waffenstillstand nicht mehr in Kraft ist, übernimmt die türkische Armee wieder schrittweise, aber zielstrebig die Kontrolle über die kurdische Region in der Türkei. Denn das Ziel, dem Öcalan während seines Prozesses vor einem türkischen Militärgericht abgeschworen hat, ist im Grunde identisch mit dem, das die irakischen Kurden verfolgen.

Der verbissene Kampf um die erdölkreiche Region von Kirkuk

Kemal Atatürk, der erste Präsident der neuen türkischen Republik, die 1923 auf den Ruinen des Osmanischen Reiches entstand, versuchte schon während der frühen Phase des Kemalismus die inneren Rivalitäten der Kurden und die der Westmächte nutzend, die reiche Erdölregion von Mosul und Kirkuk mit überwiegend kurdischer Bevölkerung seiner neu gegründeten Republik einzuverleiben. Er scheiterte jedoch am Widerspruch der Mandatsmacht der Briten. Die Lausanner Konferenz 1923 hatte die Aufteilung der Mosulregion trotz sechs Monate lang andauernden Beratungen nicht lösen können. Diese Region, in der auch die südlichen Teile des irakischen Kurdengebietes mit Kirkuk, Erbil und Suleymania liegen, war vor dem Ersten Weltkrieg eine Provinz des Osmanischen Reiches. Ihr Reichtum an Bodenschätzen, besonders an Erdöl, und die geostrategische Lage machten sie zu einem permanenten Zankapfel in den Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Türkei. In zähen Verhandlungen zwang Großbritannien schließlich Frankreich, die Ansprüche auf das Gebiet aufzugeben. Als

„Entschädigung“ übergaben die Briten das türkische Kilikien den Franzosen. Im Herzen des Kurdengebietes im Irak gelegen, ist die Region um Mosul und Kirkuk heute wieder im Mittelpunkt eines ungleichen Kampfes zwischen dem autonomen kurdischen Gebiet im Irak, der irakischen Regierung, der Türkei und der US-Besatzungsmacht. Ohne Mosul und Kirkuk kann es keine kurdische Autonomie geben. Die irakische Regierung denkt nicht daran, aus der Ausbeute der Erdölquellen der Region ausgeschlossen zu werden. Der kemalistischen Tradition getreu, stellt die Türkei ihrerseits territoriale Ansprüche auf die Region von Mosul und Kirkuk. Die US-Besatzungsmacht möchte das sogenannte Erdölgesetz, das seit Monaten auf der Tagesordnung des irakischen Parlaments der Annahme harrt, endlich unter Dach und Fach bringen, um damit im Nachhinein doch noch Früchte eines verlorenen Krieges einheimen zu können...

In dieser Auseinandersetzung hat das autonome Kurdengebiet im Irak das Gesetz auf seiner Seite. Denn die irakische Übergangsverfassung vom 8. März 2004 hat im Artikel 58 den kurdischen Anspruch auf Kirkuk bestätigt. Dieser Artikel wurde als Artikel 180 in die neue gültige Verfassung Iraks übernommen, in der bestimmt wird, dass vor dem 31. Dezember 2007 eine Volksabstimmung über alle kurdischen Gebiete einschließlich Kirkuk stattzufinden habe, zwecks Bestimmung ihrer endgültigen Zugehörigkeit. Dadurch sollte den kurdischen Opfern der sogenannten Arabisierungspolitik Saddam Husseins Wiedergutmachung geschehen. Im Rahmen dieser Politik wurden einst etwa 175 000 Kurden und Turkmenen aus Kirkuk und der Region vertrieben wie Zehntausende aus anderen kurdischen Gebieten des Irak. Dafür wurden irakische Araber aus Süd- und Mittelirak nach Kirkuk zwangsumgesiedelt. Sie erhielten den kurdischen Besitz. In Kirkuk und in den anderen kurdischen Gebieten des Irak fielen rund 188 000 Menschen

Fortsetzung auf Seite 13

Konzertvergnügen und Theaterspaß

Russische und englische Musik erklang in der zweiten Oktober-Hälfte im Gewandhaus. Vladimir Jurowski, dessen Vater als Opernchef in der letzten Amtszeit Udo Zimmermanns in Leipzig wirkte, gehört zu den vielversprechenden Dirigenten der jungen Generation. Darüber ließ schon die denkbar eindringliche Gestaltung der düsteren, schmerzgefüllten sinfonischen Dichtung „Die Toteninsel“ von Sergej Rachmaninow zu Beginn die-

Von **WERNER WOLF**

ses Konzertes keinen Zweifel. Doch auch die ganz anders geartete, durchsichtige, über weite Strecken zarte, fast zerbrechliche Ballettmusik „Der Kuss der Fee“ von Igor Strawinsky bot er mit dem Gewandhausorchester spannungsgeladen. Gleiches Einfühlungsvermögen bewies der Dirigent beim kontrastreichen Klavierkonzert für die linke Hand des französischen Meisters Maurice Ravel mit dem vorzüglichen italienischen Pianisten Benedetto Lupo als Solisten. Der bewältigte die enormen spieltechnischen Anforderungen überlegen. Wer nicht zu ihm hinschaute, mochte kaum glauben, dass der die gesamte Tastatur einschließende Klavierpart nur von der linken Hand gespielt wird.

Der russischen Kammermusik des 19. und 20. Jahrhunderts widmete das Leipziger

Streichquartett ein Wochenende im Mendelssohn-Saal des Gewandhauses. Da waren in exzellenter Interpretation nicht nur Werke der Großen wie Peter Tschaikowski und Dmitri Schostakowitsch, sondern auch solche ihrer Zeitgenossen zu hören. Das Streichquartett „Die Wolga“ von Nikolai Afanassjew stand als Beispiel für die weitgehende Verbindung mit der russischen Volksmusik im 19. Jahrhundert. Die Suite für Streichquartett von Arthur Vincent Lourié verschaffte einen interessanten Eindruck von Bestrebungen der Zeitgenossen Sergej Prokofjews und Dmitri Schostakowitschs. Den Höhepunkt der drei Konzerte bildeten das 15. Streichquartett und das Klavierquartett von Schostakowitsch in beispielhafter Wiedergabe.

*

Der englische Dirigent Sir Roger Norrington erschloss nach seinem Zyklus mit Sinfonien von Johannes Brahms und Ralph Vaughan Williams den Leipziguern nun das hier noch unbekanntere Konzert für zwei Klaviere und Orchester von Vaughan Williams mit dem überlegen aufspielenden Klavierduo Yaara Tal/Andreas Groethuysen. Zwei vitale schnelle Sätze umschließen eine besinnliche, zu Herzen gehende Romanze.

Zum Eingang dieses Abends dirigierte Norrington die vergnügliche Konzertouvertüre „Cockaigne“ von Edward Elgar. Deren Name steht für London, das der

Komponist mit dieser Musik feiert. Mit der ausdrucksgeballten ersten Sinfonie von William Walton demonstrierte Norrington, welche gewichtigen Werke von der Vaughan Williams folgenden Generation vor und neben Benjamin Britten geschaffen wurden. Diese Sinfonie wird von heftigen Konflikten und von der Kraft zu deren Überwindung geprägt. Wie immer führte Norrington das mit Hingabe seinen Intentionen folgende Gewandhausorchester mit sparsamen Gesten sehr souverän.

*

Wer zwischen Konzertbesuchen einen echten Theaterspaß erleben möchte, hat in den nächsten Monaten noch Gelegenheit, „Die Sternstunde des Josef Bieder“ von Eberhard Streul im Venusaal der Musikalischen Komödie zu besuchen. Der abends zum Einrichten für die nächste Probe ins Theater kommende Requisiteur Josef Bieder steht unverhofft den Besuchern einer ausfallenden Vorstellung gegenüber. Immer gesprächiger werdend, erzählt er von Arbeit und Problemen hinter den Kulissen, von allerlei Unvorhergesehenem während der Vorstellungen. Und weil er Sänger werden wollte, so manche Partie wie die des Bajazzo und des Escamillo beherrscht, lässt er es sich nicht nehmen, sie kommentierend vorzuführen. Alexander Voigt zelebriert das virtuos mit vorbildlicher Deklamation und Textverständlichkeit.

Friedhelm Eberle feiert...

... 50 Jahre auf den Brettern, die die Welt bedeuten im voll besetzten Schauspielhaus. „Unter dem Milchwald“, in diesem als Hörspiel geschriebenen Stück des 1953 gestorbenen walisischen Dichters Dylan Thomas führte er – wie schon oft – das Treiben in einer Kleinstadt zwischen nächtlicher Morgenstimmung und Einbruch der Dunkelheit vor. Mit seiner zwingenden, variablen Gestik und Mimik und seiner exzellenten Sprech- und Sprachkultur zauberte er all die kauzigen, kleinmütigen, gelassenen, zänkischen oder auch großtuenden Bewohner auf die Bühne.

Ob ein bramarbasierender Käpten, ein zänkisches Paar, gutgläubige, naive und auch bössartige Leute – für alle fand er die treffende Charakteristik und den echten Tonfall. In der Welt im Kleinen demonstrierte der Künstler, was die Welt im Großen zerfurcht und doch auch zusammen hält. Kurz: Friedhelm Eberle verkörpert große Theaterkunst. Nach diesem faszinierenden Spiel wartete in der Gaderobenhalle des Schauspielhauses eine große Besucherschar, um dem Jubilar Dank und gute Wünsche auszusprechen. Und die Wartenden schwärmten von Eberle als noch jugendlichen Tellheim, als zermürbten König Lear, als Cherusker-Hermann, als Wladimir beim „Warten auf Godot“, jüngst als Geheimer Kommerzienrat Matthias „Vor Sonnenuntergang“ und zahlreichen anderen Rollen. Friedhelm Eberle – 50 Jahre Bretter – Welt – Bedeutung. • **W. W.**



Julie und Liliom suchen das kleine und große Glück (Marléne Dunker, Alexander Gamnitzer)

Foto: R. Arnold/Schauspiel Leipzig

Rummelplatz

Licht, Musik, Karussells. Mittendrin ein Ausrufer und Ganove namens Liliom, der Julie den Hof macht, sehr zum Verdross seiner Chefin, die selbst gern in seinen Armen liegen würde. Ferenc (Franz) Molnár, 1878 in Budapest geboren, 1952 in New York gestorben, Meister des bürgerlichen Boulevardtheaters, lässt seinen „Liliom“ scheitern, im Leben, im Lieben, im Überfallen, im Sterben. Der Selbstmord nach gescheitertem Raub – und nachdem er Julie geschwängert und geschlagen hat – bringt ihm eine zweite Chance. Er darf noch einmal auf die Erde, eine gute Tat soll es sein. Und Liliom wird versagen. Regisseur Jan Jochymski streicht viel Text, verschmelzt Figuren und verzichtet auf Schunkellieder wie in der Albers-Verfilmung. Er konzentriert sich auf das Scheitern und arbeitet heraus, dass neue Chancen nicht

automatisch neues Glück verheißen. Ohne Hilfe, Unterstützung und soziale Sicherung wird Liliom noch tausendmal scheitern. Jochymski garniert außerdem mit Männerrollenbildern, läßt dabei Leipzigerinnen über den „modernen Mann“ zu Wort kommen. Alexander Gamnitzer hat seine Rolle gefunden, rau, derb, draufgängerisch versucht er, im Hamsterrad gefangen, vergeblich eine bessere Welt zu erreichen. Seine kalten Augen blitzen wütend auf, hadern und hassen. Marlène Dunkers Julie trägt bitter ihre Last. Eine leidenschaftlich Leidende, die verzeihen kann und immer kurz vor dem innerlichen Zerschellen ist.

Gamnitzer und Dunker rasen auf der Achterbahn ihrer Hormone, nur selten rücksichtsvoll. Katharina Ley enttäuscht als Julies Freundin Maria. Sie wirkt steif und die Textverständlichkeit läßt zu wünschen übrig. Witzig: Armin Dillenberger als Kommissar mit seinem Feuerzeug und Anekdotentick. • **D. M.**

Programmkonstruktionen sind mitunter schwer zu durchschauen. Da läuft so ein filmisches Meisterwerk wie „Professor Mamlock“ im mdr-Fernsehen am Sonntag zwischen sechs und acht Uhr morgens. Noch dazu an dem Sonntag, wo sowieso die Leute leicht zeitverdrehen sind, falls sie nicht die Uhren schon zurück gestellt hatten. Also offenbar weiterhin kaum Chancen für Konrad und Friedrich Wolf mal einen 20.15 Uhr Termin zu bekommen.

Auf diesem Platz geht es entweder filmisch verlogen, tümelnd oder meist kriminell zu. Am Sonntag „Tatort“, am Montag „Ein Fall für Nadja“, ein Krimi – nicht nur in der ARD – jagt den anderen. Mit immer den gleichen Gesichtern und bulligen Tölzer Aufklärern. Mit inzwischen viel Glück findet man in dieser kriminellen Regel auch mal die Ausnahme. Beispielsweise am letzten Abend der diesjährigen Sommerzeit um 20.15 beim ZDF. Da war B(ella) B(lock) wieder einmal zu sehen. Ich gestehe,

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

B. B.

Von **MICHAEL ZOCK**

dass ich die Schauspielerin Hannelore Hoger mehr mag als ihre Kommissarin Bella Block. Aber die Rolle wird durch diese wunderbare Darstellerin und die in der Regel gut geschriebenen Dialoge sehens- und hörensenswert. Lange liegt er zurück, der zwanzigminütige Disput zwischen B. B. und der Mörderin, dargestellt von Jutta Hoffmann. Da hielt man einfach die Luft an. Das waren spannende und schockierende Filmmeter vor einigen Jahren. Jetzt gab es „Weiße Nächte“. Eine mehr

als tragische Geschichte über Einsamkeit, Skrupellosigkeit und Kinderlosigkeit. Der Titel ließ zu Recht vermuten, dass die Handlung bis nach Petersburg führt.

6,5 Millionen (21,7% Marktanteil!) haben sich die neue Folge angeschaut. Quantität für überdurchschnittliche Qualität in einem beliebten Genre, gegen das im Prinzip ja auch nichts einzuwenden ist.

Berührend ohne falsche Sentimentalität, die Begegnungen der Hamburgerin B. B. in einem russischen Dorf. Sehr nachfühlbar ihre Unsicherheiten in dieser für sie so fremden Welt und ihre Art, damit nicht cool und überlegen umzugehen. Da war es am Ende auch gar nicht mehr so wichtig, wie sich dieses tragische Geschick schließlich auflöste. Wobei die Drehbuchautoren auch hier eine Variante anboten, die selbst für erfahrene Wohnzimmerkriminalisten nicht leicht zu durchschauen war. Die Wiederholung anzuschauen lohnt jedenfalls.

**Zum Artikel
Die Würde des Menschen ...**
LN Nr. 21 vom 19. 10. 2007

Haben Sie den Test „Sorgfältig-kritisch Lesen“ bestanden? Ganz sicher! Allerdings: Es war kein Test! Warum meine Finger beim Tippen des Textes Deutschlands dienstlängsten ARBEITS-Minister (exakt: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1982-1998), Dr. Norbert Blüm, versehentlich zum Außenminister „umfunktioniert“ haben, bleibt mir selbst ein Rätsel. Bei seinen vielseitigen Fähigkeiten hätte Herr Blüm sich zweifellos auch in diesem Amt wacker behauptet; doch seinen legendären Ausspruch: „Die Rente ist sicher“ sowie alle damit verbundenen Kontroversen gäbe es dann nicht, und der gemeinsame Bühnenauftritt von Blüm und Sodann wäre um einen Programmpunkt ärmer. Langer Rede kurzer Sinn: Als Autorin bitte ich darum, den mir äußerst peinlichen Lapsus zu entschuldigen.

• **UNDINE WAGNER**

Erinnerungen an Ursula – Sonja – Ruth



Anlässlich des 100. Geburtstages von Ruth Werner – so das Pseudonym von Ursula Beurton, geborene Kuczynski – am 15. Mai dieses Jahres erinnert das Buch an das außergewöhnliche Leben dieser Frau, die an der Seite von Richard Sorge und Klaus Fuchs zu den erfolgreichsten Spionen des 20. Jahrhunderts gehörte, seit 1950 als Publizistin und Schriftstellerin in der DDR wirkte und vor allem mit ihrem Buch „Sonjas Report“ (1977) eine außerordentliche Populärität erlangte. Sie starb am 7. Juli 2000 im Alter von 93 Jahren.

Das Buch vereint rund 20 Erinnerungsbeiträge und Briefe von Freunden, Wegbegleitern und Familienmitgliedern mit einer kleinen Auswahl aus ihrem publizistischem Schaffen, darunter Erinnerungen an Richard Sorge und die Reden auf den Schriftstellerkongressen der DDR 1987 und 1989.

Wie der an erster Stelle stehende Artikel von Markus Wolf – kurz vor seinem Tode geschrieben – enthalten eine Reihe Beiträge nicht nur Reminiszenzen zu Ursula-Sonja-Ruth, sondern auch bemerkenswerte historische Details. Wolf beschreibt vor allem, wie es dazu kam, dass sie die Erfahrungen ihres Kundschafterlebens zu Papier brachte, aber auch über ihr politisches Engagement, ihre Teilnahme am Erscheinen der „Troika“, ihr Streben nach historischer Wahrheit und ihre Konflikte in den letzten Jahren der DDR, die sie im November 1989 mit den Worten kommentierte, dass es wohl Krisen im Politbüro gab, „aber den Wandel, vor allem das Tempo der Veränderung, haben die Massen geschafft...“

Doch sie hat natürlich auch gesehen, was daraus geworden ist. Eberhard Panitz schreibt nach einem Besuch bei ihr wenige Monate vor ihrem Tode: „Keine Frage, dass sie jetziges Geschehen erregt und mit Sorgen erfüllt, nichts beunruhigt sie mehr als die weggebrochene, kleiner gewordene, jedoch nicht gänzlich verlorene Basis für eine bessere Welt“, und er zitiert sie: „Allzu optimistisch se-

he ich nicht in die Zukunft, aber, es galt für mich immer, auch in den scheinbarer ausweglosesten Situationen: Der Mensch braucht, ohne sich in Phantasien zu flüchten, sein Segment Hoffnung und Traum, das er nie aufgeben darf.“

Über „Sonjas Report“ und seine Wirkung schreibt Burga Kalinowski, mit dem Buch habe der in der DDR zunehmend als Heldenkult ritualisierte Antifaschismus ein sehr menschliches Gesicht erhalten.

Aus den Aufzeichnungen des Architekten Rudolf Hamburgers, erster Ehemann von Ruth, sind in das Buch jene Passagen aufgenommen worden, die – wie auch die Beiträge ihrer Kinder – vor allem ihr Verständnis der Einheit von Familie und Politik veranschaulichen. „Entschuldigt die Verzögerung, habe Tochter geboren...“ heißt es in einem ihrer verschlüsselten Telegramme. Tochter Janina und Sohn Peter reflektieren Familiengeschichte, schildern das bewegte Leben mit ihren Eltern und sprechen mit Hochachtung von der Fürsorge ihrer Mutter. Peter schreibt: „Tatsächlich waren ihre Kinder, ihr ganzes Leben – sofern nur ein Mensch mehrere ‚ganze Leben‘ haben kann. Und sie konnte es. Dies war wahrscheinlich ihre erstaunlichste Eigenschaft.“

Hermann Kant würdigt ihre Zurückhaltung und Bescheidenheit. Hätte man aus ihren bevorzugten Gesprächsthemen ihre Profession ableiten wollen, wäre man auf Kindergärtnerin oder Sozialanwältin verfallen, nicht aber auf Geheimdienstlerin. Sei das Thema unvermeidlich gewesen, klang es, als habe sie beim Roten Kreuz gearbeitet.

Weitere Beiträge reihen sie unter die berühmten Kundschafter des 20. Jahrhunderts ein, schildern ihr Fußfassen in der DDR 1950 und das Leben mit Ehemann Len Beurton, dessen Namen sie seit 1940 trug. • **G. L.**

Funksprüche an Sonja. Die Geschichte der Ruth Werner. Hrsg. Rolf Hempel. Verlag Neues Leben, Berlin 2007. 256 Seiten, 80 Abb., 16,90 Euro

Rückkehr zu „Lebensbedingungen der Ururgroßeltern“

„Prekarität ist überall“ war das Thema des Referats von Pierre Bourdieu Ende 1997 auf dem „Europäischen Treffen gegen Prekarität“ in Grenoble. Prekarität sei, so führte Bourdieu damals aus, „allgegenwärtig“ geworden. Ekkehard Lieberam unternimmt es in seiner gleichnamigen Schrift diese Entwicklung hin zur sozialen Verunsicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, zu den „Lebensbedingungen unserer Ururgroßeltern“ mit einer Fülle von Zahlen und Tabellen zu belegen. Er führt so konkret vor Augen, was es bedeutet, wenn in den Eckpunkten der Partei DIE LINKE von einer „offen hervortretenden Klassenspaltung“ gesprochen wird. Ausgangspunkt seiner Arbeit ist die kurze, aber heftige öffentliche Unterschichtdebatte im Oktober 2006 um das in einer Studie der Friedrich-Ebert Stiftung entdeckte „abgehängte Prekariat“. Dass diese Debatte auch jetzt noch

nicht abreißt, hänge mit der Dramatik der sozialen Umwälzungszusammenhang zusammen, mit dem Umzug der Armut vom Keller in den ersten Stock der Gesellschaft, damit, dass die objektive Unsicherheit mittlerweile eine anhaltende subjektive soziale Unsicherheit und eine kritische Politisierung bewirke. Der Autor geht auf die Diskussion unter kritischen Sozialwissenschaftlern um Prekarität, Prekariat und Prekariisierung ein. Entsprechend dem Prinzip „die Schmach noch schmadvoller (zu machen), indem man sie publiziert“, vermittelt er ein Bild der im internationalen Vergleich außergewöhnlich reichen Oberschicht der Bundesrepublik und belegt die tiefe Kluft zwischen Armut und Reichtum mit Einkommensunterschieden bis zu 1 zu 2000. Lieberam will augenscheinlich dem Leser zwei Botschaften zukommen lassen. Zum einen ist es die, dass der enge Zusammen-

hang zwischen der neoliberalen Politik und der sozialen Verunsicherung wichtig sei, aber die eigentliche Ursache der Ausweitung „prekärer Verhältnisse“ im Modus der Kapitalakkumulation gesehen werden müsse, wie sie Karl Marx vor allem im Ersten Band des Kapitals analysiert habe. Zum anderen ist es die Aussage, dass linke Politik nur dann diesen Namen verdient, wenn sie sich als Klassenpolitik versteht, d. h. den vereinzelt Kampf der „bloßen Eigentümer von Arbeitskraft“ gegen die neoliberale Kapitaloffensive zu einem einheitlichen und bewussten Kampf gestaltet, wenn sie nicht die Haushaltsfrage, sondern die Machtfrage stellt.

• **VOLKER KÜLOW**

Ekkehard Lieberam: Prekarität ist überall, Kritisches zu einer Debatte. edition ost in Zusammenarbeit mit dem Liebknecht-Haus Leipzig. 96 Seiten 4,90 Euro

Siegfried Wenzel, Stellvertreter der Staatlichen Plankommission der DDR und bekannt als Autor von „Was war die DDR wert?“, lässt in seiner nach Sachgebieten geordneten Zitatensammlung „Worte zur deutschen Einheit“ vor allem Politiker, Journalisten und andere Meinungsmacher unkommentiert zur Worte kommen. So zum Beispiel:

H. Voscherau, Hamburger Bürgermeister, 1996: „In Wahrheit waren fünf Jahre Aufbau Ost das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat.“

K. von Dohnanyi 1999: „Wer in Freiheit lebt, ist schnell an sie gewöhnt. Doch zum Leben braucht der Mensch mehr als Freiheit: Arbeit, Sicherheit, Gerechtigkeit.“

R. Schmidt, Familienministerin in der rot-grünen

Koalition, zur Vorschul-erziehung: „Wenn die BRD das bisherige Entwicklungstempo beibehält, dann dauert es noch 160 Jahre, bis in den alten Bundesländern das Niveau der DDR von 1989 erreicht ist.“ Das Vorwort behandelt die historischen Voraussetzungen und Bedingungen der Entwicklung der beiden deutschen Staaten. Eine sehr zu empfehlende Lektüre.

• **K. SCH.**

Siegfried Wenzel: Von wegen Beitritt! Offene Worte zur deutschen Einheit. Verlag Das Neue Berlin 2007. 112 Seiten, 4,90 Euro

Die Spotless-Publikation „Wahrheiten über Gorbatschow“ erlebte dieser Tage eine weitere Nachauflage und deren Erfolg scheint schon beim Erscheinen sicher. Es sind nach 1990 in unserer Gegend viele Fragen zur Person Gorbatschow gestellt worden. Justus von Denkmann liefert viele Antworten. Man könnte sie zusammenraffen zu der Feststellung: Die DDR ging nicht an ihren Fehlern zugrunde, sondern daran, dass Gorbatschow sie verhökerte! Das mag unglaublich klingen, doch offeriert der Autor Fakten, die nicht aus der Welt zu leugnen sind. Zum Beispiel: „Gorbatschow begab sich am 6. Oktober 1989 nach Berlin. Er landete in Schönefeld, stieg die Gangway hinab, schüttelte Erich Honecker die Hand und begrüßte danach die Mitglieder des Politbüros. Was geschah, als er beim DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler anlangte, hat sich der Autor von Keßler exakt schildern lassen: ‚Er gab mir ein Zeichen, einen Schritt zur Seite zu tun, weil er etwas

„Ihrem Schicksal überlassen...“

mit mir bereden wollte. Ich tat es und dann fragte er mich: ‚Wie ist Euer Verhältnis zur Gruppe der ..., also zu unseren Truppen?‘ Ich antwortete: ‚Gut!‘ Da sagte er: ‚Ihr müsst fest zusammenhalten, wir lassen euch nicht im Stich.‘ ... Am Tag darauf begegnete Gorbatschow dem Politbüro. Das Protokoll des Treffens, das um 13 Uhr begann und 14.30 Uhr endete, umfasst 26 Seiten. Honecker begrüßte Gorbatschow und gab ihm das Wort. Der sagte unter anderem: ‚Ich verstehe ganz gut, was sie in diesen Tagen fühlen. Man kann natürlich vieles sagen, aber ich würde folgendes bemerken: Ihr ganzes Leben und alle Ihre Taten waren nicht umsonst. ... Wir betrachten das Jubiläum der Deutschen Demokratischen Republik als unseren gemeinsamen Feiertag. Ich habe dem Genossen Honecker gesagt – und das möchte ich, liebe Genossen, vor Ihnen allen wiederholen: Die Deutsche Demokratische Repu-

blik ist für uns der vorrangigste Partner und Verbündete. Davon lassen wir uns in unserer Politik leiten.“

Am 15. Juli 1990 konferierte Gorbatschow im Kaukasus mit Kohl, und Gorbatschow-Berater Valentin Falin schrieb in seinen Memoiren: „Die Berater des Generalsekretärs sind dafür, daß wir die DDR ihrem Schicksal überlassen und uns damit abfinden, daß das vereinigte Deutschland der Nato beitrifft; man muß mehr daran denken, das eigene Gesicht zu wahren...“ Ein nützliches Taschenbuch!

• **J. G.**

Justus von Denkmann: Wahrheiten über Gorbatschow. Spotless-Verlag Berlin. Nachauflage, 5,10 Euro

Autorenkorrektur: Die in der Rezension (LN 21'0) „Vernichtung jüdischer Existenzen“ geäußerte Meinung, Wilhelm und Karl Liebknecht seien jüdischer Herkunft, beruht auf einem Irrtum. Werner Berthold

Wessen Schicksal zu einer Redewendung geworden ist, um dessen Nachruhm braucht man sich nicht zu sorgen? Im Osten Deutschlands, besonders in Sachsen, kann man den Spruch gelegentlich hören, im Westen kaum. Der *Duden – Redewendungen* und ein weiteres Wörterbuch geben eine sachkundige Erläuterung. Der Autor der neuen Blum-Biografie meint jedoch, Blum sei heute vergessen.

Es ist also an der Zeit, dem Vergessen etwas entgegenzustellen. Da trifft es sich gut, dass sich am 10. November der 200. Geburtstag Blums jährt, der übrigens stolz darauf war, am gleichen Tag wie Martin Luther und Friedrich Schiller geboren zu sein.

Leipzig hat eine besondere Verpflichtung, das ehrende Andenken an Blum wachzuhalten. Hier hat er die meiste Zeit seines beruflichen und politischen Lebens verbracht. Hier ist er zu einem Führer der antifeudalen Opposition gereift. Hier gibt es mit dem Schillerhaus eine Gedenkstätte, die ihre Existenz Blum verdankt und auf die er als erster Vorsitzender des Schillervereins Einfluss nahm. Da erscheinen eine Gedenktafel am Alten Rathaus und ein Straßename im Stadtteil Schönefeld ein wenig dürftig.

Immerhin hat das Bundesarchiv in Zusammenarbeit mit dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig eine Ausstellung zum Leben und Wirken Blums organisiert, die noch bis zum 11. November im Neubau besichtigt werden kann.

Die Hauptaufgabe, eine neue und möglichst lesbare Biografie des Jubilars, übernahm der Frankfurter Historiker Rolf Zerback. Um es vorwegzunehmen, er hat seine Sache gut gemacht. Zerback bietet eine geschlossene Biografie, die alle Stationen des wechselvollen Lebens von Blum berücksichtigt. Der Autor hat wohl alle verfügbaren Quellen ausgewertet und auch die reichhaltige Literatur zu Vormärz und 48er Revolution mit Gewinn genutzt. So gelingt ihm ein fesselndes Bild des in Kindheit und Jugend schweren Lebens eines Mannes aus den unteren Schichten, der es mit Fleiß, Ehrgeiz und vor allem Bildungshunger schaffte, in jedem Lebensabschnitt aufzusteigen: als Handwerker vom Gesellen zum Verkäufer für ein Unternehmen, am Theater vom Diener zum Kassierer, Bibliothekar und Vertreter des Direktors, vom Journalisten zum Redakteur und Herausgeber, in mehreren Vereinen vom Mitbegründer zum Vorsitzenden. Der Aufstieg Blums ist nicht nur von Herkunft und Talent geprägt. Zerback zeigt, dass das persönliche Schicksal Blums fast zwangsläufig von der gesellschaftlichen Entwicklung im Vormärz und in der Revolution mitbe-

„Erschossen wie Robert Blum.“

Eine neue Blum-Biografie

stimmt war.

Die private Seite kommt nicht zu kurz. Blum war als geborener Rheinländer kein Kind von Traurigkeit, obwohl ihn kurzzeitig auch Resignation befiel. Der Liebling der Frauen war aber auch liebevoller Familienvater.

Blum, 1807 in Köln in ärmlichen Verhältnissen geboren, betätigte sich wie gesagt nacheinander als Handwerker, Handelsreisender, Theatermann, Schriftsteller, Journalist, Verleger und Politiker. Seit 1832 wirkte er in Leipzig. Nachdem ihm der Rat der Stadt mit fadenscheinigen Vorwänden jahrelang und mehrmals das Bürgerrecht verweigerte, konnte er dieses erst 1844 nach dem Kauf eines Hauses in der Eisenbahnstraße erlangen. Nun wurde er auch zum Stadtverordneten gewählt. Sein politischer Einfluss ging weit darüber hinaus. Als begeisterter, aber besonnener Redner, als begabter Organisator von Vereinen und informellen Bündnissen strebte er immer stärker in die Öffentlichkeit. Sein politisches Denken kreiste um die „Leitbegriffe“ Freiheit, Volk, Nation, Demokratie, Republik, soziale Gleichheit. Dabei blieb er Realpolitiker, „ein geborener Revolutionär war er nicht“.

So wurde er in den 1840er Jahren zunächst in Leipzig und Sachsen zu dem Volkstribun, der aus dem Volk gekommen war. Eine Ursache dafür war nach Zerback: „Blum war kein Intellektueller, das machte ihn populär.“ 1848 als Vertreter Leipzigs in die Frankfurter National-

versammlung gewählt, wirkte er in der Paulskirche als Führer der linken Fraktion „Deutscher Hof“.

Die standrechtliche Erschießung Blums durch österreichisches Militär am 9. November 1848 bei Wien war ein Wendepunkt der Revolution. Zerback meint, dieses gewalttätige Ende sei von Nebel umgeben. Das verwundert etwas. Macht der Autor doch in der genauen Schilderung der Wiener Vorgänge selbst deutlich, was schon für die Zeitgenossen auf der Hand lag. Es handelte sich nicht nur um einen Racheakt. Es war ein politischer Mord, bewusst

begangen vom konterrevolutionären kaiserlichen Heer an einem populären Revolutionsführer. Die Teilnahme an der bewaffneten Verteidigung der Revolution in Wien war auch für Blum eine Grenzüberschreitung zur revolutionären Demokratie gewesen. Bis dahin hatte er stets den gesetzlich-parlamentarischen Weg verfochten.

Der Text ist übersichtlich gegliedert. Der prägnante Stil prägnant. Zerback versteht zu erzählen. Man merkt dem gelehrten Historiker an, dass er auch ein guter Journalist sein muss. Nur gelegentlich eingestreute ausgefallene Fremdwörter (Connaissance, Tête, vif, orthodoxer Primat) stören (jedoch nicht allzu oft) den Lesefluss.

54 zeitgenössische Abbildungen, zum großen Teil farbig, darunter auch Karika-

turen Blums von Freund und Feind, vermitteln sehr anschaulich Zeitkolorit.

Der umfangreiche Anhang ist eine gute Grundlage für die weitere Beschäftigung mit Blum. Er enthält die Lebensdaten Blums im Überblick, die zahlreichen Anmerkungen (831 an der Zahl, die erfreulicherweise nur als Belege für Zitate und Fakten dienen und keinen Subtext für Spezialfragen eröffnen), ein genaues Verzeichnis der benutzten weit verstreuten Akten, der gedruckten Quellen, ein ausführliches Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister.

Der Autor hat der bisher einzigen modernen Blum-Biografie des früh verstorbenen marxistischen DDR-Historikers Siegfried Schmidt (Jena) „Robert Blum. Vom Leipziger Liberalen zum Märtyrer der deutschen Demokratie“ (Weimar 1971) nach Jahrzehnten ein ebenbürtiges Werk an die Seite gestellt. Zerback hat mit seiner Biografie auch bewiesen, dass Blums Leben und Sterben nicht nur ein Mythos sind. Sie sind geschichtlich noch nicht erledigt und reichen bis in die Gegenwart, auch wenn die konkreten Bedingungen des Vormärz und der Revolution von 1848/49 mit den heutigen nicht vergleichbar sind. Die Frage ist nur, in welcher Weise heute im Sinne Blums gehandelt werden kann.

Zerback sieht in Blum einen Vorläufer der bundesdeutschen Demokratie. Die Leitbegriffe Blums seien in der Gegenwart verwirklicht. Hinsichtlich des ideellen Gehalts mag das zutreffen. Wo Robert Blum bei den Konflikten und Widersprüchen der heutigen Gesellschaft gestanden hätte, darüber kann es aber keinen Zweifel geben. Nicht bei den jeweils Herrschenden, sondern z. B. bei den Montagsdemonstranten von 1989, 1993 (Irak-Krieg) und 1994 (Hartz IV-Gesetz).

Das ZDF bereitet für 2008 in der Serie „Geschichte der Deutschen“ einen Film über Blum vor. Man darf gespannt sein, trotz einiger Bedenken wegen der heute üblichen Vermischung von Dokumentarmaterial und nachgestellten Spielszenen, die eine künstliche Authentizität erzeugen. Bis dahin sollte man sich mit dem Besuch der Ausstellung und/oder dem Lesen der Biografie von Zerback kundig machen. Und wenn nur die bewusste Redewendung (s. Titel) stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt, es wäre ein historischer Mosaikstein. Dann könnte man ihren fatalistischen Zug verschmerzen.

• MANFRED HÖTZEL

Rolf Zerback: *Robert Blum. Eine Biografie*, Lehmanns Verlag, Leipzig 2007, Festeinband, 368 S., 54 Abb., 19,90 Euro

Am 6. November 1947 merkte die Weltöffentlichkeit auf. Der Außenminister der UdSSR, W. M. Molotow, teilte mit, die Sowjetunion habe das Atombombenmonopol der USA gebrochen.

Was war vorausgegangen?

Angesichts der von Nazideutschland ausgehenden Gefahr, forcierten die USA die nuklearen Forschungen, nicht zuletzt dazu ermuntert auch von Nobel-Preisträger Albert Einstein, der sich direkt an Präsident Roosevelt gewandt hatte.

Der erste gelungene Atomwaffentest erfolgte im Juli 1945 auf dem Bikini-Atoll. In Europa schwiegen bereits die Waffen. Auf der Potsdamer Konferenz teilten USA-Präsident Truman und Premierminister Churchill in einer Konferenzpause dem sowjetischen Staatschef Stalin dieses Ereignis mit und erhofften sich damit eine nachhaltige Wirkung auf die weitere sowjetische Verhandlungsführung. Eine solche Wirkung blieb aus. Stalin schien die anglo-amerikanische Mitteilung ziemlich

Vor 60 Jahren wurde das Atomwaffenmonopol der USA gebrochen

Teufelszeug noch aktiv

ungerührt entgegen genommen zu haben.

Als der Krieg gegen Japan nahezu in den letzten Zügen lag, erteilte USA-Präsident Truman den Befehl zum Abwurf der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen zwei Atombomben auf die bis dato nicht bombardierten japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Damit wurde das Atomzeitalter noch in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges eröffnet. Die amerikanischen Atombombenabwürfe stellten eine Demonstration der Stärke dar – besonders an die Adresse des bisherigen Hauptverbündeten Sowjetunion gerichtet. Auf diese Weise wurde der Kalte Krieg vorprogrammiert. In Gestalt des Kernwaffenmonopols sahen sich die Westmächte im Besitz eines Faustpfandes. Alle sowjetischen Vorschläge, die weitere Produktion und den Einsatz von Atomwaffen zu verbie-

ten, wurden hartnäckig abgelehnt.

Mit der Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 eröffneten die USA auf breiter Front den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. USA-Militärs stellten eine Liste sowjetischer Städte auf, die mögliche Ziele amerikanischer Atombombenabwürfe werden sollten.

Im Interesse ihrer Sicherheit musste die Sowjetunion handeln. Politisch und moralisch gestärkt durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg gewachsen, jedoch wirtschaftlich runter musste sofort nach dem Kriegsende um jeden Preis an der Überwindung des USA-Kernwaffenmonopols gearbeitet werden. Das hat unermessliche Mittel und Kräfte verschlungen, die die Völker der Sowjetunion so dringend für den Wiederaufbau und das weitere Vorankommen benötigt hätten. Der Kalte Krieg brachte zudem das Gleichgewicht des Schreckens hervor. Sein Erbe sind riesige Lager mit Kernwaffen, auch in der BRD lagert das Teufelszeug noch.

• WINFRIED STEFFEN



Von
**KLAUS
HUHN**

Ich versichere hiermit an Eidesstatt, dass ich bis zum Ende des Jahres 2007 – was immer auch geschehen mag – nach meiner heutigen Kolumne für diese Zeitung keine Silbe mehr über Doping in Deutschland schreiben werde. Warum? Weil ich schlicht die Nase voll habe von diesem Thema!

Der 26. Oktober war der vorige Freitag. Auf den Sportseiten der Morgenzeitungen war einmal mehr Doping Trumpf. Die *Süddeutsche Zeitung* begann ihren Report aus dem Bundestag im Stil eines Krimis: „Der Himmel war längst dunkel geworden über Berlin, von draußen schimmerte das Licht der Reichstagskuppel in den Sitzungssaal 4.800, und immer noch saßen die Repräsentanten der Nationalen Anti-doping-Agentur (Nada) mit den Mitgliedern des Bundestags-Sportausschusses zusammen. Hinter verschlossenen Türen.“

Und was trieben die dort? Wäre das Thema nicht inzwischen derart strapaziert, könnte man ernsthaft glauben, die Öffentlichkeit wäre daran interessiert, wie denn nun die höchsten gewählten Politiker des Landes dem Doping den Garaus machen wollen? Da man jedoch hinter verschlossenen Türen saß – warum eigentlich? – konnte das Münchner Blatt nur hintenherum erfahren, was man im Sinn hat: „Jedenfalls sahen alle Fraktionen Handlungsbedarf – so viel überparteilicher Konsens war dann doch überraschend.“ (Zur Information für die *Süddeutsche Zeitung*: In der LN-Redaktion hielt sich das Staunen in Grenzen.) Ja, eine Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen mit dem Auftrag, Größe und Zusammensetzung der Nada-Gremien – Vorstand und Kuratorium – neu zu organisieren.“

Ein die Nation bewegender Beschluss: Die Nada wird neu organisiert. Und das sind die Männer, die nun endgültig und für alle Zeiten das Doping-Gespenst austreiben sollen: Bank-Manager Hölz, DOSB-Generaldirektor Vesper und dazu Peter Danckert (SPD) als

Vorsitzender des Bundestags-Sportausschusses und Pöhle vom Bundesinnenministerium. Hier beende ich den Kommentar zu dieser Sitzung mit den Worten: „Außer Spesen nichts gewesen!“

Auf der gleichen Seite wurde auch die nächste Doping-Story ausgebreitet: Der T-Mobile Radrennfahrer Patrik Sinkewitz hatte sich – beraten von seinem Rechtsanwalt diese Rolle zu übernehmen – als „Kronzeuge“ betätigt, darauf hoffend, dass sein „IM“-Auftritt die drohende Sperre von zwei Jahren halbieren könnte. Die *Süddeutsche*: „...schilderte Kronzeuge Sinkewitz dem Sportgericht des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR) detailliert Doping-Praktiken bei T-Mobile in seiner Profizeit 2005/06; ... Beim Magenta-

Sportkolumne Schluss mit Doping

Team wurde demnach auch nach dem Rauswurf von Jan Ullrich zum Tour-Start 2006 in Straßburg flott weitergedopt. Sinkewitz, so bestätigt der Sportgerichts-Vorsitzende Peter Barth, habe Aussagen ‚insbesondere über die Art und Weise der Verabreichung von Dopingmitteln durch Ärzte und Teamärzte‘ gemacht. ... Demnach ging, parallel zum Straßburger Skandal, als Jan Ullrich, Oscar Sevilla und Ullrich-Betreuer Rudy Pevenage suspendiert worden waren, die systematische Betrugsarbeit planmäßig weiter. Anscheinend waren die Beteiligten abgebrüht genug, ihr Dopingprogramm durchzuziehen und so am Ende der Tour de France den Mannschaftssieg für T-Mobile zu sichern. Telekom-Sprecher Christian Frommert sagte der SZ: ‚Im Nachhinein betrachtet, macht mich diese Skrupellosigkeit einfach fassungslos‘.

Teile der Mannschaft sollen drei bis vier Tage vor dem Tour-Auftakt am 1. Juli zur Behandlung in der Uni-Sportmedizin gewesen sein. ... Die Schilderung soll sich auf wiederholtes Doping mit Eigenblut im Laufe der Tour beziehen. ... ‚Bluttransfusion ohne ärztliche Indikation ist Körperverletzung‘, sagt Franke. Dem Zellforscher zufolge handelt es sich um umfangreiche, logistisch anspruchsvolle Maßnahmen: Die Athleten

mussten zum Blut nach Freiburg gebracht werden – oder letzteres kam zum Etappenort. Auch galt es, die Blutkonserven auf Körpertemperatur zu bringen und für Transfusionen zu präparieren.“

Genug des Horrors. Seit Monaten wird verbreitet, dass Jan Ullrich im Verdacht stünde, sein Eigenblut nach Madrid geschickt zu haben. Wirft man ihm nun vielleicht vor, dass er die Manipulationen nicht in Freiburg hatte vornehmen lassen?

Noch einmal: Genug der Possen. Und trotzdem noch ein „Anhang“: Dieser Tage entdeckte der Soziologieprofessor Helmut Digel, über Jahre Präsident des bundesdeutschen Leichtathletikverbandes, wo die tatsächlichen Ursachen der Dopingmisere zu suchen sind: „Die Massenmedien, allen voran das Fernsehen, haben sich seit langem einem besonderen Auftrag verpflichtet. Sie definieren sich als Produzenten der Unterhaltungsindustrie. Unterhaltung ist zur höchsten Maxime geworden ... Besonders wurde dies am Beispiel der Dopingberichterstattung aus Anlass der Rad-WM in Stuttgart dokumentiert. ... Das Politiksystem, das sich für das massenmediale System als besonders resonanzfähig in der Bundesrepublik erwiesen hat, reagierte prompt. Es schloss sich den spektakulären Medienattacken an und wurde Teil des Spektakels. ... Gerüchte wurden wie Tatsachen präsentiert, Skandale wurden behauptet, ohne dass tragfähige empirische Befunde zur Verfügung standen. Fast alle Repräsentanten der Politik folgten den Vorlagen der Medien vorschnell und ohne Zwang. Im Nachhinein mussten sie erkennen, dass dies nur zu Bauchlandungen führen konnte. Eine Politik, die auf Gerüchte aufbaut, wird selbst zum Gerücht. Eine Politik, die rechtliche Prinzipien verlässt, ist eine prinzipienlose Politik. Eine Politik, die sich nur selbst in den Medien wiederfinden möchte und fragwürdige Partnerschaften eingeht, ist allenfalls selbst Teil der Unterhaltungsindustrie. Sie verlässt damit den Boden seriöser Politik.“

Man würde dem Professor aus Tübingen gratulieren wollen zu diesen Erkenntnissen, doch vergaß er leider den Lesern (*Berliner Zeitung* 15.10.2007) mitzuteilen, dass er jahrelang auf der Seite derjenigen agierte, die mit Vorliebe das „flächendeckende“ Doping in der DDR anklagte und angeblich Schuldige mit großem Eifer jagen ließ. Immerhin: Einsicht ist zu begrüßen, auch wenn sie spät kommt.

Es bleibt dabei: Dies waren für 2007 meine letzten Zeilen zum Thema Doping, selbst wenn neue Ausschüsse gegründet, neue Kronzeugen aufgerufen und weitere Kopffäger plötzlich gegen Gerüchte agitieren sollten!



LN lädt ein zur Lesung im Liebknechtshaus mit **Peter Jacobs** am **25. 11., 10 Uhr**

Buchverkauf



Siehe LN 20'07

Das Kapital ist da und für **65,00 Euro** über unsere Redaktion zu beziehen.

Fortsetzung von Seite 9

dieser Politik zum Opfer. Das alles geschah mit dem Ziel, die arabische Macht über das Gebiet reicher Erdölquellen zu sichern. Historisch ist Kirkuk von jeher kurdisch gewesen. Unter osmanischer Herrschaft, unter britischer Herrschaft und unter Saddams Herrschaft. Die Entscheidung des türkischen Parlaments, der türkischen Armee ein Mandat für einen Militäreinsatz im Nordirak zu jeder Zeit zu erteilen sowie die Forderungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan an die irakische Regierung, den Aktivitäten der kurdischen Arbeiterpartei PKK im Norden des Irak Einhalt zu gebieten, sind Einschüchterungsversuche. Es geht darum, die bevorstehende Volksabstimmung im Irak zur Rückübertragung der kurdischen Souveränität über die Erdölregion Kirkuk sowie die anderen kurdischen Gebiete im Irak zu verhindern und weitere Schritte zur Selbstverwaltung Kurdistans im Irak gegebenenfalls gewaltsam zu blockieren. Die Türkei droht zugleich mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen die nordirakischen Kurdengebiete“. Die bisherigen militärischen

Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee, die inzwischen 100 000 Soldaten an der türkisch-irakischen Grenze aufmarschieren ließ, und den PKK-Kämpfern im Grenzgebiet sind einerseits die passende Begleitmusik für die Seele von Hunderttausenden Demonstranten in der Türkei, die ihre Regierung unter wachsenden Druck setzen und die Bestrafung der PKK fordern. Andererseits sind sie sehr ernst zu nehmen, denn sie stehen in der Türkei mehr als 10 Millionen Kurden gegenüber, die auf das irakisch-kurdische Beispiel schauen und hoffen...!

Ausblick

Das türkische Militär hätte durch das Parlamentsmandat zwar freie Hand für einen Angriff auf die Stellungen der PKK im Nordirak. Seine Hände sind ihm dennoch gebunden, da die amerikanische Administration einer Eskalation der ohnehin schon chaotischen Lage in dieser neuralgischen Region durch den NATO-Partner Türkei absolut nicht zustimmen kann. Eine Nichtbeachtung dieser US-Position würde das bereits angespannte und schlechter als je zuvor gewordene Verhältnis der

beiden „guten alten“ Partner noch mehr belasten. Davon zeugen die neuerlichen Brückierungen der Türkei durch die amerikanische Administration mit der Annahme einer Resolution des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, die die Ermordung von 1,5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich als Genozid Völkermord anerkannte. Einen Nadelstich ohnegleichen in den bisherigen Beziehungen beider Länder fügte Washington vor kurzem dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in New York zu, indem es ihn anlässlich der Eröffnung der Jahrestagung der UNO-Vollversammlung eines offiziellen Empfangs bei Freund Bush nicht für würdig befand. Die Türkei ist dazu verdammt, sich mit den USA beim Kurdenproblem zu arrangieren und die Lage mit der PKK im irakischen Kurdengebiet zu deeskalieren – nicht nur der US-Interessen wegen. Die Bemühungen sollten also mehr auf Diplomatie, Geduld und Verständigung gerichtet werden. Die Kurden im Irak sollten ihr gesetzlich verankertes Recht auf Autonomie zuerst im Irak bis Dezember 2007 mit allen, einem Volk ohne Staat zur Verfügung stehenden Mitteln wahrzunehmen versuchen.

Glaubwürdig

Ob der Gründungstag der DDR, der 7. Oktober, die Programmverantwortlichen des MDR zu diesem Beitrag der Sendung „Glaubwürdig“ inspirierte, mag dahingestellt bleiben. Zweifellos war der Sender gut beraten, Jürgen Schiller aus Halle, Diplom-Philosoph, Kampfgruppenmitglied und heute Chefkoch einer Suppenküche zu porträtieren. Er erlebt die Schere, die sich zwischen Arm und Reich auch in seinem Plattenbaublock immer weiter auftut täglich, er denke dabei an das Fehlen von Kultur, Kunst und Kommunikation. Arbeitslose und mitunter auch Rentner könnten sich solchen „Luxus“ nicht mehr leisten. Der bekennende Christ und Sozialist mit dem Mitgliedsbuch der LINKS-Partei sieht zwischen den Zielen seiner Partei und den sozial-ethischen Aspekten des christlichen Glaubens eine starke Ähnlichkeit. Und so ließ sich der marxistische Philosoph und demokratische Sozialist, der nunmehrige Koch und Christ taufen.

H.GERATHEWOHL, LEIPZIG

Es rumort

Nach sechs Jahren Krieg in Afghanistan hat der Bundestag erneut das Mandat für die Bundeswehr bestätigt. Doch es rumort im ganzen Land. Nicht nur in der Öffentlichkeit. Auch in den Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften. Die Vierteljahrszeitschrift WeltTrends veröffentlicht in der Herbstausgabe (Nr. 56) zum Thema „Militärmacht Deutschland“ zum Teil konträre Beiträge renommierter Politik- und Militärwissenschaftler. Zur Diskussion stehen sowohl der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo, an Hindukush, sowie der Parteienstreit über das Für und Wider der Auslandseinsätze.

FRANZ-KARL HITZE, BERLIN

Die Kader entscheiden alles?

Der Spiegel kann es nicht lassen, den Linken Ratschläge zu geben. In der Nr. 39/2007 äußert er sich unter dem Titel „Wessi go home“ zur Kaderpolitik in der Führung der Linkspartei. Zunächst: Auch bürgerliche Politiker wissen, dass – bei vorgegebener politischer Linie die Kader (fast) alles entscheiden. Aber hier geht es um die Linkspartei, deren Geschäftsführer Dietmar Bartsch drucken ließ: „Wir haben im Parteivorstand... einen Beschluss zu Grundsätzen und Zielen zu den Wahlen 2009 gefasst. Ein Aspekt darin ist, dass landsmannschaftliche Aspekte darin eine große Rolle spielen. Das heißt, dass das bisherige Herangehen, das wir in der früheren PDS aufgrund der Schwäche in den alten Bundesländern hatten und aufgrund dessen Kandidaten aus den alten Bundesländern auf den Wahllisten der neuen Bundesländer aufgestellt wurden, korrigiert haben.“

Die Entscheidung, ob und wie künftig West-Kandidaten aufgestellt werden, fällt auf Landesebene. So erklärte denn auch Cornelia Ernst, sächsische Landesvorsitzende der Linkspartei, sie werde keine Kandidaten in „Buxtehude an der Knatter“ suchen. Zwar stammten Graf von Einsiedel, Gerhard Zwerenz und andere „Zugpferde“ der Vergangenheit auch nicht aus Buxtehude, aber Cornelia Ernst will damit sagen, dass die sächsischen Linken genug Interessenten an Pfründen haben. Denn dass es in der Regel darum geht, beschreibt Christine Ostrowski, eine Dresdner „Reformerin“ in „Ossi's PDS-Gesetze“. Warum auch in der PDS alles schief geht: „Je näher die Wahlen, desto heftiger die innerparteilichen Querelen. Bei den innerpar-

teilichen Querelen geht es immer um sichere Listenplätze, niemals um das beste inhaltliche Konzept.“ Über sichere Listenplätze entscheide weder das Volk, noch das Parteivolk, sondern ein Prozent der Mitgliedschaft. – In Dresden ist das zu besichtigen. Hier wird der Streit um Posten und Macht öffentlich mit einer Rabiathheit geführt, dass Unbedarften die Spucke wegbleibt. Übrigens: Die Hauptbeteiligten hatten schon vor zehn Jahren die „Westausdehnung“ der PDS abgelehnt und einige für eine Art ostdeutsche CSU plädiert. So wird es in Berlin nicht kommen. Dietmar Bartsch erklärte: „Es geht maßgeblich darum, mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten wir am meisten Stimmen gewinnen können und welche Kompetenzen bei den Bewerbern vorliegen. Unsere politischen Konkurrenten finden sich übrigens nicht innerhalb, sondern außerhalb der Partei. Sowohl die Kommunistische Plattform als auch diejenigen, die Sozialdemokraten waren und es bleiben wollen, haben ihren Platz bei uns.“

Der eingangs zitierte Spiegel nutzte die innerparteilichen Auseinandersetzungen, um eine „Anti-West-Stimmung“ zu orten und die Losung abzuleiten: Schluss mit den Privilegien für Westdeutsche! „Der Grund: Die Ossi, jahrelang dominant in der Partei, fühlen sich untergebuttert von den Wessis und ihrem Frontmann von der Saar.“ Nachtigall, ick hör dir trapsen ... Am Beispiel von Luc Jochimsen, Wolfgang Neskovic, Nele Hirsch und anderen werden ausgerechnet jetzt, da die Linkspartei gesamtdeutsch agiert, Konflikte prophezeit ...

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Ist das Neue daran auch das Neue darin?

Gedanken zum 1. Stadtparteitag der LINKEN (siehe LN 20)

Der 1. Stadtparteitag unserer neuen Partei DIE LINKE in Leipzig nagt an uns: WAS ist das NEUE am Leipziger Stadtverband der Partei DIE LINKE?

Ohne Zweifel gibt es einen personellen Wandel im Vorstand. Die unsichtbare Hand der Funktionsträger aber wirkt weiter, wenn die Wahl eines Kandidaten augenscheinlich von der Rückenbedeckung einer bekannten Parteipersonlichkeit abhängt. Nichtssagende Phrasen wie die „jahrelange gute Erfahrung und Bekanntheit“ soll Sympathien erzeugen, sagen aber nichts über die Tauglichkeit oder die politisch-inhaltliche Ausrichtung eines Kandidaten aus.

Diese Dynamik öffnet Karrieristen Tür und Tor. Davor bewahre uns der tägliche Blick in die Geschichte von SPD und Grünen: Karrieristen sind immer die besten Reformisten. Der Weg zur Macht biegt rechts ab ...

Die Mahnung mehr, vor allem junge, Mitglieder zu gewinnen und zu halten, gehört zum Redenkanon jedes Stadtparteitages. Da gibt es Appelle, die eigene Meinung offensiv zu vertreten, die Probleme der Zeit aufzugreifen, mit gesellschaftlichen Akteuren zusammenzuarbeiten usw. usf. Wie aber kommt es, dass es kein Vorstandsmitglied mit überzeugenden gewerkschaftlichen Kontakten und Erfahrungen gibt und das die alternative, linke, meist junge Szene glaubwürdig vertritt? – Die gerade in Leipzig existiert und andere theoretische und praktische Ansätze verfolgt, sich aber als links definiert und der man organisatorische und inhaltliche Angebote machen muss.

Wir bezeichnen uns als demokratische Partei, doch fehlt uns die

Umsetzung ins eigene Handeln und Verhalten. Die Einhaltung von Formalia – „Gegenrede, Fürrede, Hand heben“ – ist nicht demokratisch. Abwürgen thematischer Diskussionen ist nicht demokratisch und ist nicht pluralistisch!

Menschen gewinnt man mit Themen, die sie bewegen und mit Instrumenten und Organisationsformen, die ihnen ein Mitmachen ermöglichen. Dafür nötige Ideen fallen nicht vom Himmel, sie basieren auf Wissen. Wenn es in unseren Vorständen niemanden gibt, der dieses Wissen hat und der Themen auf die Tagesordnung setzt, können sich die GenossInnen ihre Appelle sparen!

Wer glaubt, dieses Problem der politischen Kultur würde durch einen Generationenwechsel gelöst, der irrt. Wer durch Geklügel, Anbiederung und inhaltliche Beliebigkeit aufgestiegen ist, der wird die Strukturen, die ihm das ermöglichten, nicht zerschlagen. Wer durch die schützende Hand anderer aufsteigt, der macht sich abhängig und wird andere abhängig machen. Wir, Mitglieder und Delegierte, die wir es uns in der Bequemlichkeit gemütlich machen, müssen uns an die Nase fassen, genauso wie die Postenträger, Funktionäre und Vorstände, die das beschriebene Verhalten hinnehmen oder gar protegieren.

PIA P. PROBST / JANA WERNER
Mitglieder des (studentischen)
LINKE.SDS-Leipzig

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

NOCH EHE ICH EINEN WANDERSTIEFEL schnüren konnte, erlitt ich einen Schock. Als ein von „Altbesitzern“ der Rückwendezeit Behelligter, wurde ich Mitglied des Berliner Mietervereins und seitdem steckt jeden Monat dessen „Echo“ in meinem Briefkasten. Der Oktober-Leitartikel löste den Schock aus: „Echo“-Redakteur Andrej Hahn wurde „eines Tages um 6.30 Uhr durch scharfes Klopfen und die gleichzeitige Drohung, dass die Tür aufgebrochen werde, abrupt geweckt, sofort zu Boden gezwungen ... Teile des vierzehnköpfigen Einsatzkommandos drangen mit gezogener Waffe in die Räume der Wohnung, ‚sicherten‘ dabei Räume, in denen sie kleine Kinder aus dem Schlaf rissen, Andrej wurde mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe verbracht und schließlich drei Wochen lang in einer sieben qm großen Zelle eingesperrt.“ Nein, kein schlechtes Filmdrehbuch, auch keine „Stasi“-Story, sondern blanke Realität des

Bedenkliche Schwingungen

Jahres 2007. Ich habe nicht Platz genug, um die ganze Affäre hier auszubreiten. Man hatte Andrej Hahn bezichtigt, Mitglied einer „terroristischen Vereinigung“ zu sein, was von der Tatsache abgeleitet wurde, dass ein Sprachgutachten die Vokabel „Gentrification“ enthielt, Synonym für profitable Erneuerung städtischer Teilräume. Darüber hatte Hahn promoviert, nun wurde die Vokabel offensichtlich „terroristisch“ gedeutet und löste verheerende Folgen aus. Unglaublich aber wahr. (Ich bleibe ungeachtet des Risikos Mitglied des Mietervereins.)

BEI EINEM BUMMEL DURCH BERLIN kam ich auch am „Deutschlandhaus“ vorbei, in dem ja schon demnächst eine „Gedenkstätte für Vertreibung“ einziehen soll. Nicht nur Berliner wurden Fernsehzeugen des Streits zwischen dem SPD-Bundestagsvizepräsidenten Thierse und der Dame, die für die CDU im Bundestag sitzt und nicht nur dort den „Verband“ der

„Vertriebenen“ vertritt und nun im „Deutschlandhaus“ an die Nöte der „Vertriebenen“ erinnern möchte, was bekanntlich nicht nur in Polen viel böses Blut erzeugte. Hier muss ich mal anmerken, dass ich in den frühen siebziger Jahren oft den „ostdeutschen Meisterschaften“ nachspürte, bei denen die Athleten für „Allenstein“, „Danzig“ und „Königsberg“ starteten, Athleten, die ich gern fragte, wann sie das letzte Mal in jenen Städten trainiert hatten und zur Antwort bekam: „Ich war dort noch nie, meine Eltern stammen wohl von dort...“ Wenn's erlaubt ist, daran zu erinnern: Die Kampagne, die DDR-Sportjournalisten damals gegen diese antipolnischen Meisterschaften führte, bewog die Verantwortlichen der 1972 in München stattfindenden Spiele, sie nicht mehr auszutragen. Inzwischen sind sie längst wieder Mode. Und ich bin sicher, dass auch in der „Gedenkstätte“ an jene Wettkämpfe erinnert werden wird. Ihr „wertvollster“ Preis war übrigens ein Stafelstab, der angeblich aus der Festung Breslau gerettet worden war – und der nun an

das Elend der Vertriebenen erinnern sollte. **ES SCHWINGT SICH VIELES AUF** in diesem Land und das nennt man dann gern Aufschwung. Ein Problem ließe sich mit einer lockeren Anleihe bei Brecht beschreiben: „Die im Dunkeln sieht man nicht.“ Um deutlicher zu werden: In Stendal geht es aufwärts – in Salzwedel abwärts. Im Altmarkkreis sind die Zahlen der Agentur für Arbeit bitter: 11 963 Bürger müssen mit Hartz IV auskommen. In 1782 Bedarfsgemeinschaften leben rund 3600 Kinder. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger lag zehn Prozent höher als 2005. 824 Frauen und Männer schufteten in 1-Euro-Jobs, ganze 141 stecken in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das waren schon mal 5 000. Die Folgen sind für den Kreis verheerend: Die Zahlungen für Unterkunft und Heizung von Sozialschwachen stiegen von 16,2 Millionen (2005) auf 19 Millionen (2007). Die Folge: Der Kreis muss sich weiter verschulden. Demnächst sollen die Zuschüsse des Bundes sinken, dann bräuhete die Altmark für Bedürftige eine halbe Million mehr. Niemand weiss, woher die kommen sollen. Aus den Aufschwungnachbarkreisen jedenfalls nicht. • **KLAUS HUHN**

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 7. November, 18 Uhr, Leipzig
Eine Führung durch die Ausstellung „*Wilde unbezähmbare Tatkraft. Robert Blum 1807–1848*“. *Robert Blum und Leipzig*. Mit Doris Mundus, Stadtgeschichtliches Museum. In Zusammenarbeit mit Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V. und Lehmsstedt Verlag.

Stadtgeschichtliches Museum, Böttchergasse 3
Mittwoch, 7. November, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Lesung: *Wladimir Majakowski – Gut und schön?* Mit Dr. Ute Baum, Dresden. Texte von Majakowski liest Jochen Kretschmer.

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21
Mittwoch, 14. November, 17 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Sozialismus und Eigentum*. Mit Prof. Dr. Michael Brie. ***

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10
Mittwoch, 14. November, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Welche Zukunft soll die Braunkohle in Sachsen haben?* Mit Dr. Monika Runge, MdL, energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21
Mittwoch, 14. November, 19 Uhr, Chemnitz
Buchlesung und Gespräch mit der Autorin Prof. Dr. Annelies Laschitz: *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie*. FATA MORGANA, Carolastr. 7

Donnerstag, 15. November, 17.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Ukrainische Entwicklungen seit dem Machtwechsel 2005*. Mit Dr. Manfred Schünemann, Berlin.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10
Donnerstag, 15. November, 19.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Russland vor der Wahl. Zwischen gelenkter Demokratie und neuer Großmacht*. Ein Gespräch mit dem Hamburger Russlandexperten und Publizisten Kai Ehlers über die russischen Machtverhältnisse und geostrategischen Ambitionen Russlands. In Zusammenarbeit mit Netzwerk für linke Politik in Mittel- und Osteuropa „lavka“, linXXnet e. V., StudentInnenrat der Uni Leipzig.

Moritzbastei, Universitätsstr. 9
Sonnabend, 17. November, 10 Uhr, Leipzig
„*Was aus dem türkischen Reich werden soll, ist mir spanisch*“ – die Erstveröffentlichung von Marx' *Studien zur Diplomatie Lord Palmerstons und zur Geschichte Spaniens im neuesten Band der akademischen Gesamtausgabe (MEGA)*. Mit Prof. Dr. Manfred Neuhäus, Berlin/Leipzig.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10
*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich

Deutscher Freidenker-Verband
Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

15. 11., 16.30 Uhr: Antifaschismus – Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. Ein Rundtischgespräch mit Dr. Dieter Chittralla, Vorsitzender des Bundes der Antifaschisten e. V., Sitz Leipzig

Initiative Christliche Linke

12. 11., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Dr. Roland Wötzel, Vortrag: *Altes Testament und neues Recht.*

Theatrium

Leipzig, Militzter Allee 52

9. und 10. 11., 20 Uhr: Traumwandern nach Cucanio. Jugendtheaterprojekt, P 14
16. und 17. 11., 20 Uhr: Wuling 89. Jugendtheaterprojekt, P 14

Neuerscheinung im Verlag edition ost zum Preis von 5 Euro



Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

DIE LINKE, Stadtverband Leipzig
lädt alle an den Problemen Behinderter Interessierte recht herzlich zum Gründungstreffen der Arbeitsgruppe „**Behindertenpolitik**“ am Freitag, **16. November 2007, 17.00 Uhr,** Stuttgarter Allee 6 (04209 Leipzig-Grünau) (Wahlkreisbüro von Dr. Dietmar Pellmann), ein.
Der Zugang zum Wahlkreisbüro von Dr. Dietmar Pellmann ist barrierefrei für Rollstuhlfahrer.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

9. und 16. 11., 14 Uhr: Senioren-tanzkurs
14. 11., 14.30 Uhr: Musikalischer Nachmittag für und mit Senioren.
15. 11., 15 Uhr: Erzählcafé für Senioren.

ver.di fordert

die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung des Schulbedarfs für bedürftige Schülerinnen und Schüler.
Unterschriftenlisten zur Unterstützung dieser Forderungen können angefordert werden bei: ver.di Bezirksverwaltung Leipzig/Nordsachsen, Karl-Liebknecht-Str. 30, 04107 Leipzig

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz 10

Ausstellungen:

Leipzig und Philatelie. Noch bis 24. 11., Ausstellungsfoyer und Kabinettausstellung.
Connewitzer Welttheater. Fotografien 1969–1994. **Bis 10. 11.,** Oberlichtsaal.
Eine orientalische Zeitreise mit Karl May. 6. 11. bis 12. 1. 08, Oberlichtsaal.

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort
.....
evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
.....
Kundennummer
.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

.....
Geldinstitut
.....
BLZ
.....
Kontonummer
.....
Kontoinhaber

.....
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
.....
2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro:

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Leipzigs Neue
ab Ausgabe 01/2008
auch Online (als E-Mail)
bereits einen Tag vor der Printausgabe

Der Preis für ein Jahres-Abonnement der Online-Ausgabe beträgt 15 Euro.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Leben Sie noch ?

Nein, bitte jetzt nicht nach dem alten Holzmittel rufen. Der ist wohl doch ganz langsam von der Bühne endlich zu Grabe getragen worden. Aber: Leben Sie denn noch und woran merken Sie das, ohne Blutdruck messen und Händchen am Puls halten? Ein guter Freund schickte dieser Tage einer besten Freundin Lebensmerkmale zu und die schickte selbige wieder an einen guten Freund und so entstand die berühmte stille (Mail)Post, die letztlich auf dem Redaktionscomputer landete und wir deshalb unsere Leser in diese Lebenskreise (oder eher Krise?) mit einbeziehen können:

So merkst Du, dass Du im Jahr 2007 lebst:

- Du unabsichtlich deine PIN-Nummer in die Mikrowelle eingibst.
- Du schon seit Jahren Solitär nicht mehr mit richtigen Karten gespielt hast.
- Du eine Liste mit 15 Telefonnummern hast, um deine Familie zu erreichen, die aus drei Personen besteht.
- Du eine Mail an deinen Kollegen schickst, der direkt neben dir sitzt.
- Du den Kontakt zu Freunden verloren hast,

weil sie keine E-mail Adresse haben.

- Du nach einem langen Arbeitstag nach Hause kommst und dich mit Firmennamen am Telefon meldest.
 - Du auf deinem Telefon zu Hause die Null wählst, um ein Amt zu bekommen.
 - Du seit vier Jahren auf deinem Arbeitsplatz bist, allerdings für drei verschiedene Firmen.
 - Alle Fernsehwerbungen eine Web-Adresse am Bildschirmrand zeigen.
 - Du Panik bekommst, wenn du ohne Handy aus dem Haus gehst und umdrehst, um es zu holen.
 - Du morgens aufstehst und erstmal Outlook aufmachst, bevor du Kaffee trinkst.
 - Du diesen Text liest und grinst.
 - Schlimmer noch, dass du bereits weißt, wem du diese Punkte weiterleitest.
- Na los, schick's schon weiter! Es stimmt ja, oder etwa nicht?**

• MIC

Das Leben ist ein Zeichnen ohne die Korrekturmöglichkeiten des Radiergummis

Oskar Kokoschka

Das Leben

Schmerz
Freude
Wut
Sehnsucht
Liebe
Hoffnung
Wünsche
Tränen
Schöpfung
Träume
Entwicklung
Würde
Balance
Neid
Kraft
Lachen
Friede, Glück.

I. Rahn
14 Jahre (2005)
Mitglied der
Schreibwerkstatt
im Bürgerverein
Schönefeld.



Frank Voigt

WARUM?
WARUM?
NICHT!

So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.

Rosa Luxemburg, Brief aus Breslau, Dezember 1917

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Empört hat mich, wie das Drehbuch zum Film „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ alles Schreckliche der DDR (bis hin zu peinlichen Übertreibungen wie der fingierten Nachricht für die Kinder vom Unfalltod der Mutter) auf eine einzige Person zuschneidet, bis die DDR als ein einziges Land des Schreckens erscheint ...

Friedrich Schorlemmer
in WZ Freitag 12. 10.

„Herr Escher muss sich entscheiden, ob er Mikrofonhalter von Milbradt oder lieber Anwalt der kleinen Leute im mdr-Fernsehen ist.“

Heiko Hilker, Landtagsabgeordneter Die Linke, über eine gemeinsame Veranstaltung des Moderators mit dem Ministerpräsidenten,
ddp 18. 10.

Ohnehin haben zwei Jahre Zwillingsregentschaft gereicht, das Geburtsland von Solidarnosc und Wende-Papst gründlich zu verändern. Polen im Aufbruch das war gestern. Verhandlungen mit den eineiigen Humorbremsern gelten heute als so angenehm wie ein Zahnarztbesuch.

Leitartikel in LVZ 22. 10.

Ich bin der Meinung, eine Posi-

tionierung gegen Rechts kann man gerade in den neuen Bundesländern nicht nur der Antifa und linken Organisationen überlassen ...

Hotel-Chef Johannes Lohmeyer bat NPd Kader woanders zu nächtigen
MDR-Info 24. 10.

Hauptsache jung heißt die Devise bei Neueinstellungen und immer häufiger scheint die Jugend wichtiger als Bildung und Kompetenz. Frauen über 40 finden nur noch Jobs in luxuriösen sozialen Kuschelecken wie einem 400 Euro Job.

Journalistin Gabriele Gillen
Das Magazin / Oktober

Die Leipziger streiten über den Citytunnel, den sie hinterher nicht sehen müssen, bei den Dresdnern verhält es sich mit der Waldschlösschenbrücke genau umgekehrt.

Wolfgang Stumph in artour 25. 10.

Beim SPD Parteitag, werden wir drei Tage hören müssen, wie sozialdemokratisch die Sozialdemokratie ist.

Peter Zudeick in FIGARO 26. 10.

ENTDECKT VON
MICHAEL ZOCK

Früher gab es Zeitungen, um die neuesten Nachrichten zu übermitteln. Heute dienen sie dem Zweck, die neuesten Werbeprospekte zu transportieren.

Man nehme ein gut abgehangenes Stück Tatsachen, lege es in eine Schüssel, gebe reichlich Selbstverständlichkeitsmarinade darüber, lasse das Ganze nach Belieben ziehen, zerkoche es schließlich zu einem Überraschungsbrei und serviere es als Meinungsforschungsstudie oder Quatsch mit Soße.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

29. Oktober 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 16. November

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40